50. Donnerstag den 28. Februar 1861. 50.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 28. Februar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Königlich niederländischen Hauptmann, Flügel-Adjutanten und Kammerherrn von Goedecke den Rothen Adler-Orden dritter Klasse, so wie dem Großherzoglich sächsischen Leib-Zahnarzt Dr. Rostaing zu Dresden und dem Domänen-Rentmeister und Forst-Kassen-Rendanten Rechnungs-Rath Meyer zu Neundorf, im Kreise Gardelegen, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; den Staatsanwalt bei dem Stadtgericht in Berlin, Grafen zur Lippe, zum Ober-Staatsanwalt bei dem Kammergericht und den bisherigen Staatsanwalt bei dem Kammergericht, Dr. von Schelling, zum Staatsanwalt bei dem Stadtgericht in Berlin; so wie den Ober-Bauinspektor, Baurath Monjé zu Münster zum Regierungs- und Baurath zu ernennen; ferner dem Oberamtswundarzt, Hebammenlehrer und praktischen Arzt Rappold zu Sigmaringen; und dem praktischen Arzt ꝛc. Dr. Mahlendorf in Köslin den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen; endlich dem Sekonde-Lieutenant a. D. von Etzel zu Berlin, zuletzt im Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiment (Nr. 1), die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Dänemark Majestät ihm verliehenen Danebrog-Ordens dritter Klasse zu ertheilen.

Der zum Regierungs- und Baurath beförderte Ober-Bau-Inspektor, Bau-Rath Monjé zu Münster ist an die Königliche Regierung zu Minden versetzt worden. Der Bauinspektor Gottgetreu zu Oppeln ist zum Königl. Ober-Bauinspektor ernannt und demselben die Ober-Bauinspektor-Stelle zu Münster verliehen worden.

Am Gymnasium zu Hamm ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Schnelle zum Oberlehrer; und am Gymnasium zu Insterburg die Anstellung des Schuldamtskandidaten Dr. Schwarzlose als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Nr 55 des St. Anz.'s enthält Seitens des k. Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten einen Bescheid vom 20. November 1860, betr. die Stempelpflichtigkeit der von den Seminar-Präparanden einzureichenden Atteste; ferner einen Bescheid vom 21. November 1860, betreffend die Höhe des der Beschlagnahme nicht unterworfenen, resp. zur Kompensation mit Schulforderungen nicht geeigneten Besoldungstheils der Beamten und Lehrer.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Mittwoch 27. Febr., Abends 7 Uhr. So eben beginnt die Beleuchtung der Stadt in Anlaß des heute erschienenen Verfassungsstatuts.

London, Mittwoch 27. Febr., Abends. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Washington vom 13. d. ist Präsident Lincoln überall mit Enthusiasmus empfangen worden. — Virginien besteht auf Aufrechterhaltung seiner Rechte, und macht diese zur Bedingung, wenn es bei der Union bleiben soll.

Paris, Mittwoch 27. Febr., Abends. Das „Pays" und die „Patrie" dementiren die Nachricht, daß Frankreich die Absicht habe, seine Truppen aus Rom zurückzuziehen. — Die „Patrie" versichert, daß Oberst Türr so eben in Paris eingetroffen sei.

(Eingeg. 28. Februar 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD **Berlin**, 27. Febr. [König Franz II. und die europäische Diplomatie; die Reserve-Infanteriedivision des Bundes; der Eisenbahnvertrag mit Braunschweig.] Der Fall von Gaëta hat die Hoffnungen des Turiner Kabinets noch keineswegs vollständig verwirklicht. Zunächst ist es Thatsache, daß die Kapitulation selbst nichts enthält, was als eine Verzichtleistung Königs Franz II. auf seine dynastischen Ansprüche gedeutet werden könnte, und ein von Rom aus erlassenes Zirkular aus dem Kabinet des entthronten Fürsten (s. u. Italien) beweist, daß derselbe die gewohnten Beziehungen zu den Mächten aufrecht zu erhalten wünscht, als ob er noch im Besitze seiner Macht wäre. Die europäische Diplomatie scheint den Wünschen Franz des Zweiten bis zu einem gewissen Grade entgegenzukommen. Sie kann, so lange die Anerkennung Victor Emanuels als „Königs von Italien" noch nicht erfolgt ist, die thatsächlichen Besitzverhältnisse einstweilen ignoriren und unter Festhaltung der bisher geltenden Formen abwarten, ob die neue Ordnung der Dinge in Italien eine feste Gestalt gewinnt. Nach den neuesten Nachrichten wird Franz II. einstweilen seinen Aufenthalt in Rom nehmen und die Vertreter der Mächte, welche die diplomatischen Beziehungen mit Gaëta unterhalten haben, werden in seiner Nähe bleiben. — Um die jetzt am Bunde schwebenden Unterhandlungen über die Reserve-Infanteriedivision in ihrer rechten Bedeutung zu würdigen, bedarf es einiger Erläuterungen. Der Bundesmilitärausschuß hat in seiner Mehrheit den Antrag gestellt, daß die Reservedivision aufgehoben werde, damit die Bestandtheile derselben unter die aus gemischten Kontingenten bestehenden Armeekorps aufgenommen werden könnten. Es ist dies ein Manöver der kleineren Mittelstaaten, dazu bestimmt, ihre militärische Oberhoheit auf die Truppen der bisherigen Reservedivision auszudehnen. Im Militärausschuß war dem Antrag die Mehrheit gesichert, weil Oestreich den Wünschen der Würzburger seine Unterstützung lieh. Dagegen stimmte Bayern mit Preußen für die Beibehaltung der Reservedivision. — Man legt hier auf den Abschluß des Vertrages, welcher die Herstellung der Eisenbahn Altenbeken-(Buke)-Kreiensen sichert, mit Recht großen Werth. Die Bahn berührt nur auf eine kurze Strecke hannöversches Gebiet und auf derselben ist, wie auf dem braunschweigschen Gebiet, der braunschweigschen Regierung die Verwaltung durch frühere Vereinbarungen gesichert. So gewinnt Preußen den freien Zugang zu den deutschen Westgrenzen durch ein vollkommen befreundetes Nachbarland. Hannover hat, wie man erfährt, es nicht an Anstrengungen fehlen lassen, um den Plan zu hintertreiben. Aber seine an den braunschweigschen Hof gerichteten Gegenvorstellungen sind ohne Wirkung geblieben.

(**Berlin**, 27. Febr. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Beim König und der Königin war gestern Theegesellschaft, in welcher der Kronprinz und die Kronprinzessin, der Fürst und die Fürstin von Hohenzollern, die Herzogin von Sagan, die Fürsten und Fürstinnen Radziwill, Lord und Lady Loftus und andere Persönlichkeiten von Rang erschienen. Heute Morgen ließ sich der König von den Geheimräthen Illaire und Costenoble und dem General-Adjutanten v. Manteuffel Vorträge halten und ertheilte alsdann einige Audienzen. Unter den empfangenen Personen befanden sich der General Vogel v. Falckenstein, Oberstlieutenant v. Rheinbaben, Professor Siegel aus Athen und Archäolog Falkner aus London; die beiden Gelehrten wurden mit einer Einladung zur Theegesellschaft beehrt. Mittags empfingen der König und die Königin den Besuch der Königin Marie von Bayern. Die hohe Frau war um 11 Uhr von Potsdam nach Berlin gekommen und zunächst zum General v. Schack gefahren, der einst zur Adjutantur ihres Vaters gehörte. Nachmittags machten alle hohen Herrschaften eine Spazierfahrt nach Charlottenburg. Der König hatte zuvor mit dem Fürsten von Hohenzollern und den Ministern v. Auerswald und Graf Schwerin konferirt. Später auf der Rückfahrt von Charlottenburg besuchten die Allerhöchsten und höchsten Personen das Atelier des Prof. Drake im Thiergarten und nahmen das Modell zur Reiterstatue des Königs Wilhelm wiederholt in Augenschein. Um 5 Uhr war im königlichen Palais große Tafel. Der König, die königlichen Prinzen und die Mehrzahl der Gäste hatten bayrische Uniformen und Dekorationen angelegt. Der Minister v. Schleinitz, der bayrische Gesandte, Graf Montgelas, und das Gefolge der Königin Marie hatten Einladungen erhalten. Nach Aufhebung der Tafel begab sich die Königin Marie von Bayern, in Begleitung ihres Bruders, des Prinzen Adalbert, nach Schloß Sanssouci. Auf dem Bahnhofe ließ sich die hohe Frau nochmals über den Krankheitszustand des Oberhof- und Dompredigers Dr. Strauß berichten. Seit gestern hat die Krankheit eine beunruhigende Wendung genommen. Der Patient liegt in Fieberphantasien und selbst künstliche Mittel bringen ihn nicht in Schlaf. (Wir erfahren heute, daß der Zustand des Patienten sich ein wenig gebessert habe. D. Red.) Die Königin und die Prinzessin Karl hörten am Sonnabend den vom Privatdozenten Dr. jur. Kühns im wissenschaftlichen Verein in der Singakademie gehaltenen Vortrag über „Freiheit und Ritterthum im deutschen Mittelalter". — Die Reise unserer Majestäten nach Königsberg soll im Mai vor sich gehen, wenn Alles ruhig bleibt; ebenso beabsichtigt auch das Königspaar die Provinzen nach der Reihe zu besuchen. — Aus Warschau ist heute die Nachricht von einer Demonstration hier eingegangen, der mit Waffengewalt entgegengetreten werden mußte, wobei mehrere Verwundungen vorgekommen sein sollen. Durch Verrath soll die russische Regierung Waffendepots entdeckt haben und ihr dadurch der Beweis geliefert worden sein, daß die Polen eine Erhebung im Schilde führen. (Dies scheint im Zusammenhang mit der Feier der Schlacht bei Grochow zu stehen; s. unten die polnische ⊘ Korrespondenz. D. Red.) — Im 3. hiesigen Wahlbezirk wird gegenwärtig für die Kandidatur des Kreisrichters Schulze-Delitzsch sehr stark agitirt und seine Parteigenossen setzen Alles daran, um diesmal seine Wahl zu sichern. Aber gerade diese Agitation dürfte dahin führen, daß sich die Konservativen mit den Konstitutionellen für die Wahl des Gymnasialdirektors Krech vereinigen. Derselbe ist allerdings keineswegs der Mann der konservativen Partei, allein um den Kandidaten der Demokratie nicht durchzulassen, reichen sie den Konstitutionellen gern die Hand. Professor Krech ist bekanntlich der Schwager des Ministers Grafen Schwerin und soll ihn dieser auch zur Annahme der Kandidatur bestimmt haben. Heute war beim Grafen Schwerin Diner, an welchem die Minister, Landtagsmitglieder und mehrere andere hohe Personen, unter ihnen auch Direktor Krech Theil nahmen. — Pepita de Oliva geht jetzt wieder ihrem alten, sonst so einträglichem Geschäfte nach. Gegenwärtig befindet sie sich in Rußland. Vor der Abreise hat sie eine bescheidene Wohnung in der Puttkamerstraße gemiethet. — Das neue Ballet übt eine ungeheure Anziehungskraft; von weiter Ferne kommen Personen, um das gerühmte Ballet zu sehen, weshalb es auch schwer hält, in den Besitz eines Billets zu gelangen.

— [Die diplomatische Vertretung Preußens.] Preußen unterhält an 24 Orten Gesandte; an 5 Orten Ministerresidenten; bei diesen 29 Missionen befinden sich 1 Gesandtschaftsrath (Frankfurt a. M.), 20 Legationssekretäre, 18 Legationskanzlisten, 2 Dolmetscher, 2 Secrétaires interpretes, 1 Kanzler, 1 Vizekanzler, 4 Kanzleivorstände, 6 Gesandtschaftsprediger, 1 Rechtskonsulent, 1 Kanzleidiener, 1 Organist, 1 Kirchendiener. Die Besoldung der Gesandten variirt zwischen 25,000 Thlr. (exkl. Miethsentschädigung) abwärts und 7000 Thlr., diejenige der Ministerresidenten zwischen 11,400 und 4000 Thlr. Die Gehälter der Legationskanzlisten in Konstantinopel, Hamburg, Lissabon und Rio de Janeiro sind um 200 Thlr. erhöht worden. Der Aus- und Umbau des Gesandtschaftshotels in Paris kostet pro 1861 10,760 Thlr.

— [Ministerialverfügungen.] Von den Gerichten ist bisher in den Fällen, wo ein Rechtsanwalt verstarb oder vom Amte suspendirt wurde, ein sehr verschiedenes Verfahren in Bezug auf die anderweitige Vertretung der Parteien beobachtet worden. Der Justizminister v. Bernuth hat sich jetzt in einer allgemeinen Verfügung vom 28. v. M. dahin ausgesprochen, daß die Gerichte in solchen nichts weiter zu thun haben, als die betreffenden Parteien von dem Ableben oder von der erfolgten Amtssuspension ihres bisherigen Vertreters zu benachrichtigen und sie zur Ernennung eines anderen Bevollmächtigten aufzufordern. Nur in dringlichen Fällen kann das Gericht selbst einen anderen Vertreter von Amtswegen ernennen, in allen übrigen Fällen dagegen hat es die Anträge der Parteien abzuwarten. Die Verfügung ist im Justiz-Ministerialblatt abgedruckt. — Dasselbe Blatt enthält noch eine Verfügung vom 30. v. M., wonach die Forstbeamten für die Wahrnehmung der Forstgerichtstage zur Verhandlung und Entscheidung der Holzdiebstähle und Forstkontraventionen keine Diäten und Reisekosten verlangen können, da ihre Mitwirkung bei diesem Geschäft zu ihren Dienstobliegenheiten gehört. Nur wenn sie inzwischen in einen andern Bezirk versetzt worden sind und als Belastungszeugen förmlich vorgeladen werden, können sie gleich anderen Zeugen auf Diäten und Reisekosten Anspruch machen.

— [Obertribunals-Entscheidung.] Das Justizministerialblatt enthält ein Erkenntniß des Obertribunals vom 10. v. M., wonach eine vom Gesetz als Verbrechen bezeichnete Handlung diesen Charakter auch dann behält, wenn sie unter mildernden Umständen begangen und der Angeklagte mit Rücksicht darauf nicht zur Zuchthaus-, sondern nur zur Gefängnißstrafe verurtheilt worden ist.

— [Statistik der Schwurgerichte.] Im Büreau des Justizministeriums ist neuerdings eine Statistik der Schwurgerichte in Preußen für die Jahre 1858 und 1859 mit umfangreichen Tabellen ausgearbeitet und an sämmtliche Gerichtsbehörden zur Kenntnißnahme vertheilt worden. Der Inhalt dieser Statistik ist von großem Interesse. Es ergiebt sich daraus, daß wir im Ganzen 89 Schwurgerichte besitzen, nämlich 13 in der Provinz Brandenburg, 9 in Pommern, 19 in Preußen, 14 in Schlesien, 7 in der Provinz Posen, 8 in Sachsen, 10 in Westfalen und Ostrhein und 9 in der Rheinprovinz. Diese 89 Schwurgerichte haben im Jahre 1859 2422 Sitzungstage abgehalten und in denselben 3853 Untersuchungssachen abgeurtheilt. Die Zahl der Angeklagten betrug 5737 und die Zahl der von ihnen begangenen Verbrechen 6532, etwa 500 mehr als im Jahr 1858. Die Mehrzahl derselben bilden wie gewöhnlich die Diebstähle; es kamen nämlich 428 schwere Diebstähle, 1019 schwere Diebstähle im ersten Rückfalle, und 1598 schwere Diebstähle im wiederholten Rückfalle, also über 3000 schwere Diebstähle zur Untersuchung, ferner 1219 Urkundenfälschungen, 583 Untersuchungen wegen Meineides, 580 Verbrechen gegen die Sittlichkeit, 213 Brandstiftungen, 187 Untersuchungen wegen Raub und Erpressung, 135 schwere Körperverletzungen, 70 Kindesmorde, 67 andere Morde, 38 Todtschläge und Vergiftungen. Die meisten Verbrechen kamen verhältnißmäßig in Schlesien, die wenigsten in der Rheinprovinz vor. Von den Erkenntnissen der Gerichte ergingen 10 in contumaciam, in 1388 Fällen erklärte sich der Angeklagte für schuldig, so daß es eine Zuziehung der Geschworenen nicht bedurfte, in 3706 Fällen sprachen die Geschworenen das Schuldig und in 1271 Fällen das Nichtschuldig aus. Die meisten Aussprüche auf Schuldig ergingen in den Untersuchungen wegen Diebstahls, Todtschlages, Raubes, Vergiftung und Urkundenfälschung. Das Nichtschuldig kam am öftersten vor bei den Verbrechen gegen die Sittlichkeit, beim Meineide, betrüglichen Bankerott, vorsätzlicher Brandstiftung und bei Verbrechen im Amte. Nur 4 Fälle kamen vor, in denen der betreffende Gerichtshof annahm, daß die Geschworenen sich bei ihrem Ausspruche zum Nachtheil des Angeklagten geirrt hätten. In 1349 Fällen lautete ihr Ausspruch gegen den Antrag des Staatsanwalts, und in 980 Fällen wurden von den Geschworenen mildernde Umstände angenommen.

— [Konzessionirung der Haus- und Privatlehrer.] Eine Verfügung des Kultusministeriums vom 14. November 1860, betreffend die Verhältnisse der Haus- und Privatlehrer in Bezug auf Konzessionirung, hebt in Veranlassung des speziellen Falles folgende allgemeine Gesichtspunkte hervor: „Nach Abschnitt III. der Staatsministerialinstruktion vom 31. Dez. 1839 (Minist. Bl. 1840, S. 96) war es gestattet, den N. als Hauslehrer für die Kinder des Krugbesitzers N. zuzulassen, obgleich der N. eine Prüfung als Lehrer nicht abgelegt hat. Sobald aber mehrere Familien in Gemäßheit eines Vertrages ihre Kinder an dem Unterricht des N. theilnehmen lassen wollten, konnte dieses nach §. 18 der bezeichneten Staatsministerialinstruktion nicht gestattet werden, indem nach diesem Paragraphen Lehrer in solcher Stellung nicht als Hauslehrer, sondern als Privatlehrer zu behandeln sind. Privatlehrer müssen aber nach §. 14 l. c. ihre wissenschaftliche und technische Qualifikation durch die vorgeschriebene Prüfung nachgewiesen haben, was eben bei dem N. nicht der Fall war."

— [Von der preußischen Gesandtschaft in Persien.] Nach einer Korrespondenz des in Tiflis erscheinenden „Kawkas", aus Teheran vom 9. Dezember v. J., ist Herr Pietraszewski, der Hrn. v. Minutoli auf seiner Mission in Persien als Dragoman begleitete, nicht gestorben, wie früher berichtet wurde, sondern von einer allerdings schweren Krankheit wieder genesen und war zu jener Zeit in der Hauptstadt Persiens wieder eingetroffen.

— [Die Recherchen wegen des großen Postdiebstahls], welcher am 15. v. M. hier vorgekommen ist, sind nunmehr geschlossen und die Akten reponirt worden, da jede fernere Hoffnung zur Entdeckung der Thäter fehlt. Die Post wird jetzt den Absendern der gestohlenen Briefe den deklarirten Werth, welcher an 20,000 Thlr. beträgt, ersetzen. Viele Bankiers erleiden bedeutende Verluste, da dieselben zu niedrig deklarirt hatten. Der Ersatz des Schadens erfolgt vorzugsweise aus denjenigen Fonds, welche dazu bestimmt sind, außerordentliche Gratifikationen an die meist sehr dürftig besoldeten Postbeamten zu zahlen, so daß leider diese den Schaden tragen müssen. (Publ.)

— [Zweckmäßige Erfindung.] Ein Telegraphenbeamter hat einen Apparat hergestellt, welcher den Zweck hat, das unbemerkte Oeffnen von Thüren und Fenstern unmöglich und das Anbringen von Thürglocken und Klingelzügen überflüssig zu machen. Bringt man nämlich den Apparat mit einer Wohn- oder Dienerstube in Verbindung, so wird, wenn irgendwo eine zum Quartier gehörige Thür geöffnet wird, dies sofort durch Glockenschläge bekannt und die Zahl der letzteren läßt erkennen, welche Thür geöffnet worden ist. Dieser Apparat ist für Verkaufslokale, Kassengewölbe und Privatwohnungen sehr geeignet und es sind damit auch schon praktische, sehr gelungene Versuche gemacht worden, welche zugleich ersehen ließen, daß die Kosten der neuen Einrichtung sehr gering sind.

Breslau, 27. Febr. [Gesundheitszustand in Oberschlesien.] Die „Schl. Z." schreibt: Es hat sich durch ein in Nr. 43 der „Volks-Zeitung" enthaltenes Inserat das Gerücht verbreitet, daß im Kreise Groß-Strehlitz der Hungertyphus bereits ausgebrochen sei und binnen Kurzem ganz Oberschlesien heimsuchen werde. Dieses Gerücht entbehrt der Begründung. Allerdings ist es Thatsache, daß im Laufe dieses Winters im Kreise Groß-Strehlitz, und zwar in den Ortschaften Grodzisko, Boritsch, Krosch-

nitz, Kowallowska, Collonowska, Petersgrätz und Bendawitz das Nervenfieber aufgetreten ist, jedoch in seiner milderen Form, als sogen. Typhoid; in Groß-Stanisch allein sind einige Fälle des typhus gravior vorgekommen. Die in Folge der vorigjährigen ungünstigen Kartoffelernte in einigen Kreisen Oberschlesiens, namentlich im Kreise Groß-Strehlitz und Rybnik, entstandene Vertheuerung der Nahrungsbedürfnisse nimmt die öffentliche Armenpflege mehr als gewöhnlich in Anspruch; allein solche Zustände, wie sie der bezeichnete Artikel der „Volks-Zeitung" schildert, und insbesondere der Hungertyphus sind glücklicherweise bis jetzt in Oberschlesien nicht vorhanden. Ueber den Charakter, unter welchem das Nervenfieber in dem Groß-Strehlitzer Kreise aufgetreten ist, dürfte der Umstand die genügendste Beruhigung gewähren, daß in dem ganzen Kreise, welcher 53,670 Einwohner zählt, 9 Personen der Krankheit erlegen, gegen 50 Personen genesen sind und sich noch 20 in ärztlicher Behandlung befinden, die Krankheit überhaupt aber sich gegenwärtig nur noch auf die Ortschaften Boritsch, Groß-Stanisch und Bendawitz beschränkt. Diese Thatsachen dürften hinreichen, um die über die Zustände Oberschlesiens verbreiteten Gerüchte genügend zu widerlegen und werden den unbefangenen Leser in den Stand setzen, den Werth der Quelle zu beurtheilen, aus welcher die in dem oben bezeichneten Inserat der „Volks-Zeitung" enthaltenen Verdächtigungen und Unwahrheiten geschöpft sind.

Stettin, 27. Febr. [Polizeiliches.] Auf mehrfache Vorstellungen der königlichen Regierung hierselbst sind durch Reskript des Ministers des Innern vom 4. d. M. die Aufenthaltskarten für den Bezirk der hiesigen Polizeidirektion aufgehoben.

Oestreich. Wien, 26. Febr. [Tagesnotizen.] FZM. Ritter v. Benedek hat aus administrativen Rücksichten das Amt eines General-Quartiermeisters Sr. Majestät und Chefs des Generalstabs niedergelegt. Die erstere Charge wird mit dem Kriegsministerium vereinigt, zu letzterer ist der General Nagy designirt. — Kardinal Scitovßky wird der „A. C." zufolge gar nicht nach Wien kommen und hat seine bereits gemiethete Wohnung wieder abbestellen lassen. — Das Agramer Komitat hat eine Adresse an den Kaiser erlassen, worin dasselbe um eine Amnestie für alle Verbannten und politisch Verurtheilten im Kaiserthum Oestreich ansucht. — Wie dem „Sajto" berichtet wird, kam es in Zilah bei Gelegenheit des festlichen Empfanges des Obergespans Franz Wesselenyi zu einem heftigen Konflikte zwischen dem Volke und der Finanzwache. Die letztere machte von der Waffe Gebrauch und ein Tumultuant wurde durch die Brust geschossen. Als die Zusammenrottung immer stärker wurde, mußten sich die Finanzwachen in ihre Wohnung zurückziehen, von wo aus sie den Kampf fortsetzten und noch zwei Schüsse abfeuerten. Auch durch Bayonnettstiche sind Verwundungen vorgefallen. Der Vizegespan Pelei beruhigte die aufgereizte Menge und ließ die Finanzwache verhaften. — Nach einer Lemberger Korrespondenz des „Czas" ist bei dem dortigen akademischen Senat auf Veranlassung des Fürsten Adam Sapieha eine Untersuchung gegen den Professor Muys eingeleitet worden, weil derselbe in einem Geschichtsvortrage den polnischen König Johann Kazimierz mit dem Prädikat „Schurke" belegt haben soll. Die Polen erblickten darin eine nationale Beleidigung. — Das „Giornale di Verona" erhielt wegen eines die kaiserliche Regierung beleidigenden Artikels die erste Verwarnung.

— [Frankreich und die ungarische Bewegung.] Wie die „Presse" meldet, hat der Redakteur des „Magyar Ország" vor einiger Zeit an den bekannten Pamphletisten Horn in Paris geschrieben und ihn aufgefordert, ihm die Frage zu beantworten, ob es wahr sei, daß in Frankreich die Sympathien für Ungarn in dem Maaße abnehmen, als die ungarische Bewegung fortschreitet. Der „Magyar Ország" veröffentlicht nun die ihm aus Paris zugekommene Antwort auf seine Anfrage, welche bejahend lautet. Die liberalen französischen Blätter, wird da gesagt, interessiren sich mit jedem Tage weniger für die ungarische Bewegung, denn es fehlt den Franzosen an allem Verständniß für den Grundzug der ungarischen Bewegung, die Anhänglichkeit an die Gesetzlichkeit. „Der Franzose sieht Besserung nur in der Neuerung", schließt Horn, „er erblickt das goldene Zeitalter nie hinter sich, sondern immer vor sich. Wo in Frankreich Aenderungen nicht in einer Neuerung, sondern in Herstellung früherer Institutionen bestanden, geschahen sie, wenn auch unter dem Vorwande, doch nie im Interesse der Freiheit; daher haben die Franzosen nicht nur keinen Begriff für das, was wir Rechtmäßigkeit nennen, sondern jede Restauration ist ihnen gleichbedeutend mit Reaktion." Kann man den Franzosen es verargen, fügt die „Presse" hinzu, wenn sich ihre Sympathien Angesichts der Restaurationen in Ungarn bedeutend abkühlen? Sollen sie in den zahllosen Stockprügeln, welche in Ungarn in neuester Zeit gespendet werden, oder in den den Zunftzwang wiederherstellenden Komitatsbeschlüssen, in der Rückkehr zum ungarischen Wechselrecht und in dem neuesten Beschluß der Ofener Stadtrepräsentanz, daß Personen, die seit mehr als zehn Jahren in Ofen ansässig sind und durch den Erwerb von Grundbesitz sich einheimisch glauben, plötzlich des unter dem bisherigen Gemeindegesetze erworbenen Heimathsrechts verlustig und von jeder Wahlberechtigung ausgeschlossen werden — sollen die Franzosen in alledem einen Fortschritt erblicken? Wir meinen, die Franzosen haben so unrecht nicht, wenn sie in derlei Neuerungen „Reaktion" sehen.

— [Die Verbindung von Tirol und Vorarlberg.] Nach der „Ostd. Post" sollen es die Ständischen aus Tirol sein, die der Interessen-Vertretung noch im letzten Augenblicke alle möglichen Hindernisse entgegenzustellen beflissen sind. „Unter Anderem", sagt das genannte Blatt, „sträuben sie sich gegen die Verbindung mit Vorarlberg und dessen Vertretung auf dem tirolischen Landtage. Das interessante Völkchen Vorarlbergs ist ihnen zu frisch, zu weltlich, zu aufgeklärt. Vorarlbergische Abgeordnete könnten leicht gewisse Anträge und Tendenzen der beiden „oberen Stände" in die Minorität bringen und durch ihr Beispiel und ihren praktischen Sinn die Abgeordneten der Städte und Landgemeinden Tirols mit fortreißen auf die Irrwege realer bürgerlicher Interessen. Der Umstand, ob Tirol oder Vorarlberg verbunden werden, oder ob, wie im Goluchowski'schen Statut, jedes für sich allein einen Landtag erhält, wird uns belehren, wie groß der Einfluß ist, dessen diese Partei sich erfreut.

— [Beschlüsse der kroatischen Kongregation.] Die kroatische Kongregation in Buccari beschloß am 20. d.: 1) Se. Majestät um förmliche Einverleibung der Stadt Zengg in das Komitat zu bitten. 2) Zu verlangen: Die Wiederherstellung des Königreiches Kroatien mit allen zu ihm gehörenden Provinzen, mit Einschluß Dalmatiens, der quarnerischen Inseln, Istriens bis zum Arsaflusse, dann die Behauptung der Murinsel, selbst mit Gewalt, bis eine Entscheidung des schleunigst zusammenzuberufenden Landtages stattgefunden hat, an welchem auch die Vertreter der Militärgrenze theilzunehmen hätten. 3) Wird die Preßfreiheit mit Geschwornengerichten verlangt. 4) Eine Vertrauensadresse an den Präsidenten des kroatischen Hofdikasteriums, Mazzuranic, in Wien abzusenden, mit dem ausdrücklichsten Wunsche, daß er seinen Posten ohne den Willen der Nation nicht verlasse. 5) Eine Vorstellung an den Banus Sokcevics wegen schleuniger Zusammenberufung des kroatischen Landtages, und dessen Installirung als Ban des Königreichs gelangen zn lassen.

— [Die Bevölkerung Oestreichs.] Einem Aufsatz der „W. Ztg." über die Bevölkerung des Kaiserstaates entnehmen wir Folgendes: „Seit der Durchführung der letzten allgemeinen Volkszählung sind nunmehr drei Jahre verflossen und die damals gefundene Volkszahl hat seit dieser Zeit mannichfache Veränderungen erlitten. Nicht dadurch, daß verheerende Krankheiten ihre verderbliche Wirkung auf den Bevölkerungsstand geäußert, sondern in Folge eines unglücklichen Krieges hat Oestreich mehr als $2\frac{1}{2}$ Millionen (2,691,000) seiner Einwohner verloren. Zudem sind in neuester Zeit durch die eingetretenen Reformen wesentlich andere Gruppirungen der öftreichischen Länder in administrativer Beziehung eingetreten, als sie zur Zeit der Volkszählung bestanden. Es wird daher eine Feststellung des Bevölkerungsstandes nach dem wahrscheinlichen Porzentualzuwachse der letzten drei Jahre, welche als der Bevölkerungszunahme günstige bezeichnet werden müssen, ein nicht unwesentliches Moment zur Berichtigung bei den gegenwärtig obwaltenden Verhältnissen darbieten können. Oestreich zählte nämlich zur Zeit der letzten Volkszählung, d. i. gegen das Ende des Jahres 1857, nahezu 38 Millionen (37,755,000) Bewohner, wovon nach dem Frieden von Villafranca 35 Millionen übrig geblieben sind. Bis zum Schlusse des vergangenen Jahres hob sich jedoch die gesammte Bevölkerung Oestreichs wieder bis auf 36 Millionen. Der oben angegebene Bevölkerungsstand von 36 Millionen vertheilt sich auf die deutsch-slavischen Provinzen mit $18,_7$ Millionen und auf die übrigen Länder mit $17,_2$ Millionen. Die nach der deutschen Bundesakte zu Deutschland gehörigen öftreichischen Länder umfassen nach einer genauen Ermittelung gegenwärtig nahe an $13\frac{1}{2}$ Millionen Seelen. Dann kommt die Bevölkerung Ungarns, welche durch die Wiedereinverleibung der serbischen Wojwodschaft und des Temeser Banates von $8,_4$ Millionen auf beiläufig 10 Millionen Seelen gestiegen ist. Siebenbürgen (mit $2,_3$ Millionen), Kroatien und Slavonien (mit 870,000) und Dalmatien mit (450,000) umfassen im Ganzen $3,_6$ Millionen Bewohner. Galizien mit der Bukowina zählt gegenwärtig $5,_2$ Millionen, Lombardo-Venetien $2,_6$ Millionen, wovon 152,300 auf den lombardischen Antheil entfallen, und das Militärgrenzland $1,_1$ Millionen Seelen. Unter den deutsch-öftreichischen Ländern ragt in der Volkszahl Böhmen mit seinen $4,_8$ Millionen Bewohnern hervor und steht unter den öftreichischen Ländern in zweiter Reihe, wenn die Bukowina nicht zu Galizien gezählt wird. Bei einem Rückblick auf den Volksstand Oestreichs in früherer Zeit zeigt sich vor 20 Jahren (im Jahre 1840) mit Rücksicht auf den inzwischen erlittenen Verlust eine ungefähr gleiche Volkszahl wie am Schlusse des Jahres 1860."

Wien, 27. Februar. [Telegr.] Die heutige „Donauzeitung" enthält ein Telegramm aus Mostar vom 25. d. Nach demselben haben die Aufständischen aus dem Bezirke Yeni-Bazar, an der montenegrinischen Grenze, mit Hülfe von Montenegrinern 5000 Mann stark, die Stadt Bihor überfallen, mehr als 50 muselmänische Einwohner und mehrere Frauen getödtet, die Häuser geplündert und angezündet.

Gräfenberg, 24. Februar. [Lehrkursus für Hydropathie.] Die herzoglich nassauische Regierung hat Veranlassung genommen, einen Plan in ernstliche Erwägung zu ziehen, dem zufolge die Wasserheilkunde ein obligater Lehrgegenstand an den Hochschulen werden und jeder angehende Arzt gehalten sein soll, die nöthige Befähigung in dieser Branche ärztlichen Wissens nachzuweisen, bevor er die Facultas practicandi erhält. Als Ausbildungsanstalt hierfür ist Gräfenberg in Aussicht genommen, und wird mit dem hiesigen Arzt, Hrn. D. Schindler, wahrscheinlich ein Abkommen getroffen werden, wonach derselbe einen achtmonatlichen Lehrkursus hier etabliren wird, an dem auch Unbemittelte durch Staats-Subvention würden Theil nehmen können.

Prag, 25. Februar. [Ein seltsamer Vorfall; Erwerbungen.] Der „Oestr. Z. schreibt man von hier: Dieser Tage machte der Kaiser Ferdinand, wie alltäglich, seine Vormittagspromenade, als sich ihm auf dem Altstädter Ringe plötzlich ein in ungarische Nationaltracht gekleideter junger Mann näherte, vor ihm stehen blieb und ein überaus devotes Kompliment machte, so daß Se. Majestät einige Schritte zurückwich; der junge Ungar zog unterdessen seinen Rock aus, breitete ihn vor dem Kaiser aus und bat, Se. Majestät möge über denselben hinwegschreiten. Se. Maj. soll mit einigen ungarischen Worten geantwortet haben, und der junge Mann ist von dem Se. Maj. begleitenden Oberhofmeister Freiherrn v. Airoldi bedeutet worden, den Rock von der Erde wieder aufzuheben. Dieser Vorfall ist bereits Gegenstand des Stadtgespräches. — Das in auswärtigen Blättern verbreitete, jedoch, wie wir vernehmen, grundlose Gerücht, daß Erzherzog Albrecht das Landeskommando von Böhmen übernehmen werde, mag dadurch entstanden sein, daß ein fürstliches Palais in der Herrngasse dieser Tage in den Besitz Sr. kaiserlichen Hoheit übergegangen. Sicherem Vernehmen nach steht die Königin Wittwe von Neapel wegen Ankauf eines Palastes in derselben Gasse in Unterhandlung, und wird hiermit das Gerücht in Verbindung gebracht, daß die Königin hier ihren Aufenthalt nehmen wird

Pesth, 22. Februar. [Der Landtag.] Der „Ostd. Post" schreibt man: Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß der Landtag wirklich in Ofen eröffnet und daselbst auch die Krönung des Königs vor sich gehen wird. Anders verhält es sich mit der Oertlichkeit für den weiteren Verlauf der Parlamentssitzungen. In dieser Beziehung glaube ich mit Bestimmtheit melden zu können, daß beide Häuser vielleicht schon unmittelbar nach erfolgter Krönung und Eröffnung des Landtages in Pesth tagen werden. All dies sind übrigens keine Schwierigkeiten, welche einer besonderen Beachtung werth wären. Die Wahl des Palatins ist der Gegenstand, welcher insbesondere in unseren aristokratischen Kreisen lebhaft diskutirt wird. Die Kandidation ist zwar ein Recht des Königs, aber es ist unter den obwaltenden Verhältnissen leicht zu errathen, daß die Krone mit der Kandidation ihre ganz besonderen Schwierigkeiten haben wird, um auf diese hohe Stelle Denjenigen zu erheben, der ihr Vertrauen, aber auch jenes der Nation besitzt; sagt doch heute ein magyarisches Blatt, das für die Palatinatswürde „einen Gesalbten des öffentlichen Vertrauens" fordert, daß „die Denkweise, die Sprache und der Stamm des Erwählten ungarisch sei". In Betreff der Berufung des Landtages nach Ofen, bemerkt die offiziöse „Donauzeitung" unter Anderem: „Die ungarische Opposition macht geltend, daß erstens nach den Buchstaben der Gesetze vom Jahre 1848 Pesth als Landtagsort hätte gewählt werden sollen, und daß zweitens die Freiheit der Berathungen in einer Festung nicht so gut gewahrt sei, wie in einer offenen Stadt. Was den ersten Punkt betrifft, so gehören wir zur großen Zahl derjenigen, welche die Kontinuität und Rechtsgültigkeit der 1848er Gesetzgebung nicht etwa bloß bezweifeln, sondern negiren, und können nur Zweckmäßigkeitsrücksichten gelten lassen, wofern es sich darum handelt, Stücke derselben bestehen zu lassen. Was die Berathungsfreiheit anbelangt, so ist sie überall unter den Schutz des Gesetzes gestellt, überall dort verbürgt, wo das kaiserliche Wort freie Männer zusammenruft, um frei ihre Meinung über Reichs- und Landesangelegenheiten zu äußern." — Die Pesther Stadtrepräsentanz hat sich mit dem Einberufungsschreiben bereits beschäftigt. Alle Stimmführer bezeichneten den künftigen Landtag als eine Nothwendigkeit und erklärten, es sei zwar durch einen Protest der Rechtsstandpunkt zu wahren, daß die Berufung des Landtags nach Ofen statt nach Pesth ungesetzlich sei; aber man solle nun auf der Basis des Einberufungsschreibens die Landtagswahlen vollziehen und es dem zusammengetretenen Landtage selbst vorbehalten, die Verlegung seiner Berathungen von Ofen nach Pesth durchzusetzen. Damit dieser Beschluß dann eventuell ohne Schwierigkeiten zur Ausführung gebracht werden könne, beschloß die Stadtrepräsentanz, sogleich eine Kommission niederzusetzen, welche inzwischen ein Berathungslokal für den ungarischen Landtag in Pesth in Bereitschaft zu setzen den Auftrag hat. Unter diesen Umständen wird auch der Fürst-Primas, der, wie man weiß, von der Konferenz der Obergespane den Auftrag übernommen hatte, bei dem Kaiser noch einmal persönlich die Bedenken gegen die Berufung des Landtags nach Ofen, sowie gegen die Modifikation des 1848er Wahlgesetzes geltend zu machen, seine Reise aufgeben.

Hannover. Hildesheim, 26. Febr. [Domfest.] Am 5. Mai d. J. soll hier das Fest des achthundertjährigen Bestehens des Domes begangen werden. 872 wurde der Grundstein zu diesem Gotteshause gelegt; 1046 brannte es nieder. Bischof Hezilo leitete den Wiederaufbau, und am 4. Mai 1061 wurde das in seinen Hauptbestandtheilen noch vorhandene Gebäude wieder eingeweiht. Zu der bevorstehenden Feier werden mehrere Kirchenfürsten, so wie Deputationen anderer Hochkirchen erwartet.

Bremen, 25. Febr. [Aufhebung der Durchgangszölle.] Die „Wes. Ztg." meldet: Die hannoversche Regierung hat der Aufhebung der Durchfuhrzölle des deutschen Zollvereins nur unter der Bedingung zugestimmt, daß auch bremischerseits die vom Transit- und Speditionsgut erhobenen Gebühren in Wegfall kommen. Da nun gerade von Bremen aus seit langer Zeit die Aufhebung der zollvereinslichen Durchfuhrzölle mit großem Nachdruck befürwortet ist, so hat der Senat in der Voraussetzung der Zustimmung der Bürgerschaft der hannoverschen Regierung erklärt: „Daß Bremen von dem Zeitpunkte an, mit welchem die Erhebung der Durchgangszölle im Gebiete des Zollvereins aufhören werde, und so lange die aus bremischem Gebiete das Zollvereinsgebiet transitirenden Waaren und Güter aller Art mit Durchgangszöllen nicht belastet werden, Durchgangsabgaben von den bremisches Gebiet in irgend einer Richtung transitirenden Waaren und Gütern irgend einer Art nicht erheben wolle." Bremen wird durch den Wegfall dieses Transitzolles allerdings eine jährliche Einbuße von ca. 5000 Thlrn. erleiden, indeß wird es durch die Beseitigung der Durchgangszölle im Zollverein einen reichlichen Ersatz für diesen Ausfall finden, und da im Zollverein schon mit dem 1. März d. J. die Durchgangszölle in Wegfall kommen, so steht zu erwarten, daß die Bürgerschaft in dieser wichtigen Angelegenheit dem Antrage des Senats bereitwilligst zustimmen wird.

Frankfurt a. M., 26. Febr. [Anträge des Militärausschusses in Betreff der Revision der Bundeskriegsverfassung.] Der „D. A. Z." werden die Anträge mitgetheilt, welche der Militärausschuß der Bundesversammlung in der vorletzten Sitzung hinsichtlich der Revision der Bundeskriegsverfassung gestellt hat. Sie lauten wörtlich, wie folgt:

A. Einstimmig beantragt der Ausschuß: Hohe Bundesversammlung wolle beschließen: 1) daß unter den obwaltenden Umständen von Revision der bestehenden Bundesmatrikel abzusehen sei; 2) daß die Unterscheidung von Haupt- und Reservekontingent wegfalle und diese beiden Kontingente fortan unter der Benennung „Hauptkontingent" zusammengefaßt und dem Ersatzkontingent gegenübergestellt werden sollen; 3) daß das Ersatzkontingent von $\frac{1}{6}$ auf $\frac{1}{3}$ Proz. der Matrikel zu erhöhen sei; 4) daß der Militärkommission in Erwiderung ihres Berichts vom 4. Juni v. J. hiervon mit dem Auftrage Kenntniß zu geben sei, die Revision der Kriegsverfassung unerwartet der auf ihre Berichte vom 11. und 20. April v. J. erforderlichen Beschlußnahme fortzusetzen und dabei insbesondere auch auf diejenigen Punkte Bedacht zu nehmen, deren gleichförmige Regelung im Interesse der Schlagfertigkeit des deutschen Bundesheeres unter allen Umständen nöthig und wünschenswerth ist. B. Die Majorität beantragt ferner: Hohe Bundesversammlung wolle beschließen: 1) daß das aus der Vereinigung der bisherigen Haupt- und Reservekontingents gebildete Hauptkontingent $1\frac{1}{6}$ Proz. der Matrikel betragen solle; 2) daß die Bestimmung in §. 1 des revidirten Abschnitts der Kriegsverfassung, wonach das Ersatzkontingent zur Bildung des dem Heere nachzusendenden Ersatzes im eigenen Staate zurückbleibt, unverändert beizubehalten sei; 3) daß die bestehende Reserve-Infanteriedivision aufzulösen sei und daß diejenigen Kontingente, aus welchen dieselbe bisher bestand, in die gemischten Armeekorps einzutheilen seien; 4) daß diejenigen Staaten, deren Kontingente bisher die Reserve-Infanteriedivision gebildet haben, auch ferner von der Stellung der Spezialwaffen befreit bleiben sollen. C. Verschiedene Minoritäten des Ausschusses beantragen endlich: Hohe Bundesversammlung wolle beschließen und der Militärkommission mittheilen: 1) daß das aus der Vereinigung des bisherigen Haupt- und Reservekontingents gebildete Hauptkontingent von $1\frac{1}{6}$ Proz. auf $1\frac{2}{3}$ Proz. der Matrikel zu erhöhen sei; 2) daß das Ersatzkontingent zwar in der Regel zur Bildung des dem Heere nachzusendenden Ersatzes im eigenen Staatsgebiet zurückbleiben, daß jedoch für etwa wünschenswerthe oder nothwendige Ausnahmefälle dessen Verlegung nach einem andern Theile des Bundesgebiets nicht ausgeschlossen sein solle; 3) daß die Reserve-Infanteriedivision unter Fortdauer der Befreiung von den Spezialwaffen beizubehalten und der Militärkommission auf Grund des Bundesbeschlusses vom 9. Dez. 1840 aufzugeben sei, zweckmäßige Vorschläge hinsichtlich der Verwendnug und Eintheilung der Reserve-Infanteriedivision zu machen; 4) daß die bisher einzelnen Staaten zugestandene Befreiung der Stellung der Spezialwaffen aufzuheben sei. D. Schließlich beantragt der Ausschuß einstimmig: daß der Militärkommission unter Hinweisung auf den Beschluß, welcher je nach den Anträgen der Majorität oder Minorität über die Reserve-Infanteriedivision gefaßt werden wird, aufgetragen werde, über die gesammte Armeekorpseintheilung und über die Verwendung der Kontingente der Reserve-Infanteriedivision zur Kriegsbesetzung der Bundesfestungen neuerdings zu berathen und seinerzeit gutachtlichen Bericht zu erstatten.

Gegen die von der Majorität des Ausschusses beantragte Auflösung der Reserve-Infanteriedivision ist von Seiten Preußens Einspruch erhoben (s. ob. die Berliner AD Korr. D. Red.)

Hamburg, 26. Februar. [Zündnadelgewehre.] Die Hansestädte haben mit Preußen einen Vertrag über Lieferung von Zündnadelgewehren und Munition dazu abgeschlossen, der auch die Befugniß für jene enthält, die Reparaturen solcher Gewehre in preußischen Fabriken zu erlernen.

Mecklenburg. Rostock, 25. Febr. [Antrag.] Maneke-Duggenkoppel hat in einer Eingabe an die nächste Landtagsversammlung seinen Antrag auf Anschluß der beiden Mecklenburg an den Zollverein wiederholt.

Großbritannien und Irland.

London, 25. Febr. [Louis Napoleon und die römische Frage.] Die „Saturday Review“ wirft die Frage auf: „Welches ist der Schlüssel zu Louis Napoleons gegenwärtiger Haltung in der römischen Frage?“ und antwortet darauf: „Reine Verlegenheit, nichts weiter. Durch kurzsichtige Selbstsucht hat er sich so sehr verrannt, daß er selber nicht mehr weiß, auf welcher Seite sein Vortheil liegt. Auf der einen Seite merkt er, daß seine Stellung nicht länger haltbar ist, auf der andern ist es ihm zuwider, seine Truppen aus Rom zurückzuziehen, da er vermittelst derselben das Spiel bisher in seiner Hand gehalten hat. Hier wird er von der liberalen Partei und der englischen Regierung, dort von den Ultramontanen gedrängt, und von Stunde zu Stunde wechselt die relative Kraft dieser Einflüsse. Schon Voltaire sagte: „Die geistliche, jeder Zeit mit etwas weltlicher gemischte Autorität des Papstes ist in der Christenheit zur Hälfte vernichtet und verhaßt, und wird er von der andern Hälfte auch als Vater betrachtet, so besitzt er doch Kinder, die sich ihm zuweilen mit gutem Grunde und Erfolge widersetzen. Frankreichs Grundsatz ist, ihn als eine geheiligte, aber unternehmende Persönlichkeit zu betrachten, der man die Füße küssen, aber mitunter die Hände binden muß.“ Dies ist ohne Zweifel die Ansicht, die sich der älteste Sohn der Kirche gegenwärtig über seine Pflicht gegen den Papst gebildet hat. Die diplomatische Etikette, den obligaten Fußkuß, läßt er niemals außer Acht. Aber es ist nicht immer leicht, den Fuß zu küssen und gleichzeitig die Hände zu binden. So lange Louis Napoleon sich fromm zeigt, ist die Priesterpartei in Frankreich nicht ohnmächtig. So lange dies der Fall ist, wird er seine Truppen nicht aus Rom abberufen. Und so lange sie dort gelassen werden, wird Antonelli, wie Franz II., sein Spiel weiterführen. Wenn die französische Stütze fehlt, wird es noch Zeit genug sein, sich der italienischen Nation anzuschließen. Kann doch nichts Schlimmeres daraus entstehen, als eine geistliche Herrschaft an der Stelle des Patrimoniums und eine große Seelen- statt einer Pfennigsammlung für den heiligen Petrus. England kann sich gewiß nicht rühmen, den Nationen auf direktem Wege geholfen zu haben. Es hat ihnen weder Geld noch Blut zum Opfer gebracht. Doch ist uns die Befriedigung zu Theil geworden, von Victor Emanuel den Dank für unsere Sympathien empfangen zu haben. Man kann heute noch in Zweifel darüber sein, welcher Depotismus als solcher der schlimmere ist, der französische oder der östreichische, nicht aber darüber, welcher von beiden der für die Ruhe Europa's gefährlichere sei. Ungewiß ist es ferner, ob Italien am Ende aus der Intervention Frankreichs Vortheil schöpfen wird, und ob Oestreich nicht auch ohne diese in sich zusammengebrochen wäre, aber das steht fest, daß die Interessen der Welt durch das gesteigerte militärische Selbstgefühl des französischen Volkes und durch das dadurch erlangte Uebergewicht der französischen Nation auch gelitten haben. Die Zeit ist wahrscheinlich nicht fern, in der alle freien Nationen Ursache haben werden, sich zu freuen, daß England mit seinen Hülfsquellen für die äußersten Anforderungen zum Schutze der europäischen Freiheit haushälterisch umgegangen ist.“

— [Mazzini an Karl Blind über die Stellung Italiens zu Deutschland.] Unter diesem Titel hat der italienische Agitator ein „Manifest“ an die deutsche Nation veröffentlicht, dessen Hauptinhalt wir im Folgenden wiedergeben. Die Einleitung ist theils historischen Rückblicken, theils philosophischem Mystizismus gewidmet. Er erzählt, daß die Bewegung von 1848 daran gescheitert sei, daß die Völker ihre Kräfte zersplitterten. Welches ist überhaupt heute die Lage Europa's? Darauf antwortet er:

„Auf der einen Seite stehen wir, die Männer der Freiheit und der Assoziation, überzeugt durch eine lange Erfahrung, daß weder Freiheit noch Assoziation sich auf irgend einem Punkte Europa's festsetzen und halten können, wenn sie nicht ringsum durch Völker gestützt sind, die ein gleichartiges politisches Leben haben. Im Jahre 1848 „haben die Fürsten den geheiligten Grundsatz der Nationalität in einen engen Nationalismus verwandelt.“... „Wir aber verstehen unter Nationalität (ich brauche es Männern des Gedankens, wie Ihre Landsleute sind, kaum erst zu sagen) nur die Organisation der Arbeit der Menschheit, in welcher die Völker, so zu sagen, die Individuen sind.“ Auf der anderen Seite stehen „diejenigen, die sich weder um die Menschheit noch um den Fortschritt kümmern, die Männer der Legitimität und der Eroberung, die Politiker des Materialismus, die das Recht in der Thatsache erblicken“ u. s. w. „Zwischen diesen beiden Lägern lavirt ohne Grundsatz, ohne Sympathie für die eine oder andere Seite, ohne einen anderen Zweck als seine eigene Macht und Vergrößerung, der französische Imperialismus.... Louis Napoleon hat wohl begriffen, daß wir die Kraft der Zukunft sind, und anstatt stupider Weise diese Kraft zu läugnen, bemüht er sich, sie zu studiren und zu seinem Vortheil zu wenden.“ Seine Stärke beruht darin, daß er die Regierungen isolirt, sich der Nationalitätsbewegung bemächtigt, eine nationale Sache, die er nicht hindern kann, sofort selbst in die Hand nimmt, um sie der Leitung der Demokratie zu entziehen und ihr einen andern Zielpunkt zu geben... „Hier liegt die wahre Gefahr für uns, für Euch, für alle Völker. Die Kräfte der Rückschrittspartei nehmen täglich mehr ab. Aber der französische Imperialismus, der sich in unser Lager drängt, mit uns kämpft, die Siegesbeute mit uns theilt, jeder werdenden Freiheit sein Verderbniß einimpft, ist ein viel gefährlicherer Feind. Und wenn wir eines schönen Morgens, nach vielfach unterbrochenen isolirten Siegen, endlich unserer Stärke bewußt werden, so werden wir uns dem vergrößerten französischen Kaiserreiche gegenüber finden. Dann braucht der Kaiser nur zum Czaren zu sagen: „Konstantinopel ist dein!“ um sich zum absoluten Herrscher von West- und Mitteleuropa zu machen. Wie kann man diese Gefahr abwehren? Offenbar nur, indem man das Kaiserreich isolirt, indem man Europa als junge und starke Einheiten reorganisirt, gemäß den nationalen Tendenzen, im Namen der Völker und durch die Völker. Zu diesem Zwecke muß man dem Kaiser Frankreichs jede Gelegenheit der Mitwirkung abschneiden, entschlossen all die Ursachen vernichten, welche die Nationen veranlassen, die Initiative der Bewegung aus dritter Hand zu empfangen, und daher einen unaufhörlich sich erneuernden Vorwand für die usurpatorische Dazwischenkunft Bonaparte's bilden... Man muß also dem Prinzip dienen, indem man anscheinende Lokalinteressen vergißt. Mit einem Wort: man folge dem Gesetz der ewigen Moralität, nicht der Berechnung einer trügerischen Nützlichkeitspolitik... Helft uns daher die Einheit Italiens gründen! Das Mittelmeer wird dann ein europäischer, nicht ein französischer See werden, und im Süden werdet Ihr eine stärkere Vertheidigungslinie haben als der Mincio ist. Ihr fürchtet sicher nicht, daß Italien je über die Alpen dringe, um Euch anzugreifen. Euer Mißtrauen richtet sich gegen Frankreich. Und Ihr müßt ihm mißtrauen, so lange Ihr ein schwaches Italien habt, das selbst der Invasion oder den Verführungen einer Zusage militärischer Hülfe zugänglich ist. Ein in sich starkes Italien ist Eure beste Vertheidigung. Helft Polen rekonstituiren, und auf den Trümmern des türkischen Reiches eine slavisch-rumänisch-hellenische Konföderation gründen (!). Ihr werdet dann nicht mehr die Einmischung Rußlands zu fürchten haben. Ueberlaßt den östreichischen Kaiserstaat der Verurtheilung, welche Gott und die Menschen gegen ihn ausgesprochen haben, dann werdet Ihr an der Donau Verbündete, und nicht wie heute Feinde haben. Vor Allem arbeitet an der Gründung Eurer nationalen Einheit durch das Volk.... Wir bieten den Völkern durch unsere Bewegung eine Operationsbasis an, es hängt großentheils von Euch ab, ob die Linie in schiefer oder gerader Richtung vorgeschoben werden soll. Macht, daß unser Volk, durch Euer Verhalten, zum Bewußtsein seiner Stärke gelangt: Ihr werdet damit zugleich Eure und unsere Gefahren vernichten.... Verlangt mit uns und den freien Engländern die Entfernung der Franzosen aus Rom; Deutschland wird dadurch seine Unabhängigkeit besser gesichert haben, als durch eine Schlacht, die es zur Vertheidigung der Tyrannei am Mincio oder an den Alpenpässen schlüge. Die Gefahr für Euch ist, so lange das Kaiserreich besteht, in Paris und nicht in Venedig zu suchen. Wenn die Deutschen sich gegen das letztere wenden, wird nichts sie hindern, die Rheinlande zu verlieren.... Ich predige meinen Landsleuten unaufhörlich: „Nehmt Euch in Acht; kämpft allein für Eure Einheit, denn wenn Ihr Bonaparte an Eurer Seite habt, werdet Ihr ganz Deutschland, vielleicht ganz Europa gegen Euch haben, und mit Recht!“ Aber jede Stimme, die uns von Deutschland her unsere Alpen verweigert, und uns droht, man werde Oestreich am Mincio unterstützen, stört die Wirksamkeit meiner Warnungen und liefert das stärkste Argument für Cavour. „Ihr seht, ruft dieser den Italienern zu, Ihr habt alle Welt gegen Euch, alle verweigern Euch das, was Euch gehört. Ihr werdet dem Kampf nicht gewachsen sein. Ihr bedürft eines Alliirten und wir haben ihn an Louis Napoleon.“ Sagen Sie dies Ihren Landsleuten für uns. Wir, die italienische Nationalpartei, haben genug Beweise unserer Ueberzeugungstreue gegeben, daß man uns wohl glauben darf. Wir sind keine Anhänger des Kaiserreichs. Wir haben die Einflüsterungen zurückgewiesen, die darauf ausgingen, in Mittelitalien eine napoleonische Dynastie zu gründen. Wir haben den Süden trotz dem von Paris kommenden Verbot befreit. Kümmern Sie sich nicht um die Artikel einiger bestochenen und verachteten Zeitungen: wir werden niemals an einer Invasion Ihres Landes theilnehmen. Wir verlangen nur für alle, wie für uns, das Recht der freien Volksabstimmung. Möge Dentschland uns in dieser Richtung unterstützen! Möge es nicht durch ungerechte und unkluge Drohungen unsere Massen dazu treiben, sich wieder an fremde Hülfe anzulehnen. Laßt uns unsere Einheit vervollständigen, und gründet Ihr die Eure. Um eine Nation zu sein, brauchen wir Rom und Venedig: helft uns durch den einstimmigen Ausdruck der öffentlichen Meinung das erste emanzipiren; trennt Euch von Oestreich in dem unvermeidlichen Kampf, der wegen des zweiten zwischen ihm und uns entbrennen wird. Um Eure Freiheit zu erobern, müßt Ihr Euch von dem durch Oestreich und Preußen vertretenen Dualismus befreien und auf das Volk zurückgreifen, das einzige unitarische und wahrhaft germanische Element. Wir haben einen gemeinschaftlichen Feind: seien wir einig, um ihn zu bekämpfen.“

— [Die „Times“ über Italien.] Die „Times“ bespricht heute die italienische Politik des Kaisers der Franzosen und die römische Frage. „Der Friede von Villafranca“, sagt sie, „hat Parma, Modena und Toscana nicht gerettet, die Abberufung des französischen Gesandten aus Turin hat den Fall Neapels und Capua's auch nicht um eine Stunde verzögert, und die Operationen der französischen Flotte haben, obgleich sie die Uebergabe Gaëta's hinauszuschieben vermochten, dieselbe doch nicht verhindert. Ist es nicht Zeit, sich durch die Erfahrung belehren zu lassen? Ist nicht die Zeit gekommen, wo selbst der Kaiser der Franzosen einsehen muß, daß die unedelmüthige Politik, durch welche er die grenzenlose Dankbarkeit Italiens zur Hälfte erstickt hat, von Anfang bis zu Ende etwas Verfehltes war und am Gange der Ereignisse nichts geändert, sondern bloß den guten Ruf ihres Urhebers beeinträchtigt hat? Der vorletzte Akt des großen italienischen Drama's wird demnächst beginnen. Nur die französische Besatzung verhindert jetzt noch eine Lösung des Streites zwischen dem vereinigten Italien und dem Papste. Ueber die Art, wie dieser Streit entschieden werden muß, kann kein Zweifel obwalten. Mit raschem Schritte nahen die Tage, wo der Kaiser der Franzosen sich entschließen muß, ob er zur Befestigung der päpstlichen Herrschaft so viel italienisches Blut vergießen will, wie er vor zwei Jahren im Kampfe für Gedankenfreiheit und Freiheit des Handelns östreichisches vergoß. So lange jeder andere Staat in Italien garantirt und besetzt war, konnte man es sich zur Noth noch gefallen lassen, daß Rom durch eine französische Besatzung im Zaume gehalten werde. Als sich Frankreich für die Politik der Nichteinmischung erklärte, ward die Sache ein Aergerniß und eine Ungereimtheit; jetzt aber, wo sich Italien organisirt hat und auf die Zeit der Revolution die Zeit einer regelmäßigen und ordentlichen Regierung gefolgt ist, bildet die Einmischung Frankreichs einen Anachronismus, den Frankreich selbst am ersten erkennen müßte. Sollte der Kaiser der Franzosen der einzige Mann in Europa sein, welcher Geist und Wesen der von ihm selbst inaugurirten Aera nicht verstehen und keinen Unterschied zwischen einem Italien sehen kann, welches die Sklavin von Fremden und die Beute kleiner Despoten ist, und einem Italien, das einig und frei ist, seinem eigenen Willen Ausdruck giebt und seine Ueberzeugungen verwirklicht? Der Papst hat in der That keine Wahl. Wenn er überhaupt in Italien bleiben will, so muß er sich mit der italienischen Nation so gut verständigen, wie er kann, und der Kaiser der Franzosen macht, indem er dieses nothwendige Ergebniß verzögert, die Bedingungen nur härter und den Sturz der weltlichen Macht des Papstes nur vollständiger und vernichtender. Rom war der Ort, wo die sibyllinischen Bücher verkauft wurden, und der Papst braucht bloß die Bedingungen, welche er jetzt erlangen kann, mit denen zu vergleichen, die er vor anderthalb Jahren hätte erlangen können, um zu sehen, wie wenig er einem Schutze verdankt, der seinen Sturz nur deshalb zu verzögern scheint, um ihn desto vollständiger zu machen. Während die Anwesenheit der französischen Besatzung in Rom die bleibenden Interessen des Papstthums geradezu beeinträchtigt, erregt sie im höchsten Grade die Erbitterung der Italiener. Sie verletzt alle ihre historischen Gefühle und Erinnerungen und dient als Kern der Reaktion, als sichere Zitadelle, von welcher aus Scharen von Gesindel zu Raub und Mord entsandt werden können. Jeder von den Sendlingen Msgr. Merode's in den Abruzzen verübte Frevel wird direkt auf die Anwesenheit der französischen Besatzung in Rom zurückgeführt, ohne welche diese Banditen in der ganzen Länge und Breite der Halbinsel keine Ruhestätte für die Sohlen ihrer Füße finden würden. Wenn das Jahr, in dessen Anfang wir stehen, in jenem Frieden zu Ende gehen soll, um den es dem Kaiser, wie er versichert, so sehr zu thun ist, so darf er keine Zeit verlieren, um durch Abberufung der französischen Besatzung aus Rom den drohendsten Anlaß zum Kriege zu beseitigen.“

Frankreich.

Paris, 25. Febr. [Antwort des Bischofs Dupanloup auf die Laguerronnière'sche Broschüre.] Der „Ami de la Religion“ veröffentlicht die Antwort des Bischofs von Orleans auf die Laguerronnière'sche Broschüre. Die Hauptstellen lauten:

Herr Vicomte! Ich habe soeben Ihre neue Schrift: „La France, Rome et l'Italie“ gelesen, und ich fühle mich schmerzlich berührt, eine solche Sache von Ihnen unterstützt zu sehen. Vor Allem betrübt es mich, wenn ich nicht an Ihren Charakter oder an Ihr Talent, sondern an Ihre Funktionen denke. Bis zu diesem Tage führte uns der Schleier, welcher über die anonymen Broschüren ausgebreitet war, zu traurigen Konjekturen, aber ohne Beweis. Heute haben wir die Gewißheit, daß es die Regierung selbst ist, welche sie autorisirt, die Regierung ist es, welche es für gut findet, daß der päpstliche Souverän, ohnedies schon so unglücklich, bei der öffentlichen Meinung durch einen Staatsrath denunzirt werde. Erstens, fährt der Bischof fort, ist die Lage, welche Sie den Bischöfen bereiten, doppelt schmerzlich. Wir sind verurtheilt, von unserem Pontifex, von unserem Vater nicht als Bischöfe, als Söhne, sondern als Journalisten und für die Journale zu sprechen. Nichtsdestoweniger müssen wir es thun, denn unsere Pflicht zwingt uns, die Seelen derjenigen, welche Ihre Schriften lesen, nicht zu verachten und die Sache desjenigen, welchen Sie angreifen, nicht aufzugeben. Ihre Geschichte, mein Herr, ist befremdend unvollständig, ebenso das Dokument, auf welches sie sich stützt, ich spreche hier von der Sammlung der Depeschen, bezüglich der italienischen Angelegenheiten, welche die Regierung dem Senate und dem gesetzgebenden Körper mittheilte. Sie sagen, daß der Papst und die Bischöfe von einer Partei beherrscht sind, und daß daher all das Uebel kommt. Sie werden mir hierbei erlauben, an Sie die Aufforderung zu richten, klar zu sprechen. Es ist bequem und banal, wenn man von einem Souverän spricht, alles Gute, was er gethan hat, seiner Person, und alles Böse seinen Feinden zuzuschreiben; hören Sie dies nicht täglich in Frankreich wiederholen? Bei der gegenwärtigen Krisis sahen wir einen piemontesischen Fürsten, unseren Verbündeten, unseren Schuldner, einen erbitterten Krieg gegen die Kirche führen, unserer und unserer Räthe spotten und auf brutale Weise die päpstlichen Staaten überfallen, wir sollten, Ihnen zufolge, die Augen schließen und alle unsere Pflichten vergessen! Was wollen Sie sagen? Was bedeuten Ihre Insinuationen? Sie greifen unsere barmherzigen Gesellschaften an. Sie entleihen von dem „Siècle“ dessen beweislose Angaben. Liefern Sie Beweise, führen Sie Thatsachen an. Wenn Unrecht da ist, bekämpfen Sie es, aber wenn Tugenden da sind, so respektiren Sie dieselben. — Unter den weltlichen Katholiken giebt es einige, die zu den ergebensten und bekanntesten gehören; die Dankbarkeit der Kirche und die Achtung der öffentlichen Meinung verbinden sich; um zwei allein zu nennen: Herr v. Montalembert und Herr v. Falloux. Sie gehören nicht zu derselben Partei, haben aber Beide von der Vorsehung den Platz angewiesen bekommen, um bei augenscheinlichen Gelegenheiten ihrem Lande und den religiösen Interessen zu dienen, und Beide haben gleichfalls dem gegenwärtigen Kaiser bei verschiedenen Gelegenheiten bemerkenswerthe Dienste geleistet. Das sind Diejenigen, gestehen Sie es ein, welche Sie durch die Worte bezeichneten: „Es gab Männer ꝛc.“ Sie werden vielleicht erstaunt sein, daß ich Personen nenne, und ich bin darüber erstaunt, daß Sie es nicht thaten und daß Sie sich auf vage Insinuationen beschränken, um eine so ernste Beschuldigung zu unterstützen. Mein Herr! Sie haben entweder ein unglückliches Gedächtniß oder eine unglückliche Hand. Ob es eine gewisse Thatsache ist, daß diese Männer, welchen der Kaiser den Ruhm der römischen Expedition verdankt, bestimmt diejenigen sind, welche einerseits in Rom und Paris fortwährend die Uebereinstimmung der Religion und der Freiheit verlangten und andererseits diejenigen, welche seit 10 Jahren die wenigste Gewalt, ich sage nicht auf den heiligen Stuhl, der sehr unempfänglich für die Einflüsse ist, sondern in Frankreich auf die Geistlichkeit ausübten? Ja, es ist dies eine gewisse Thatsache, ich wiederhole es. Die Partei, von der Sie sprechen, weit entfernt, von Reformen abzurathen, hat immer achtungsvoll darum nachgesucht und diejenige Partei, welche keine verlangte, war die Ihrige. Zweitens: Mit dem italienischen Krieg beginnt eine neue Lage. Eine ungeheure Partei bildete sich, in der That ungeheuer, denn die ganze Kirche Frankreichs gehört dazu. Mit den aufrichtigen Sympathien für Italien verbindet sie den heißen Wunsch, daß die Macht des Papstes respektirt werde. Glaubt man denn, daß wir uns in einer Zeit befinden, wo man die verletzte Rechtschaffenheit und die edle Festigkeit freier Gewissen nicht mehr schätze, als die kindlichen Beunruhigungen und die energischen Glaubensprotestationen? Nein, um mit dem Papste und den Katholiken zu sein, ist es nicht nöthig, Christ zu sein. Genügt es nicht, ein rechtschaffener Mensch zu sein? Und wer denn, mein Herr, war das Oberhaupt dieser ungeheuren Partei? Der Kaiser selbst.“ — Der Bischof schildert hierauf die von Herrn Laguerronnière beschriebene Lage und fährt fort: „Wenn ich derselben einige bittere Insinuationen und überflüssige Weitschweifigkeiten beifüge, so ist dies, Herr Vicomte, Ihre ganze Erzählung. Es ist nicht an mir, mein Herr, die Oestreicher zu vertheidigen, das ist weder meine Aufgabe, noch mein Geschmack. Aber es ist mir wohl erlaubt, die Karte zu betrachten und die Bemerkung zu machen, welche gewiß kein Soldat dementiren wird, daß, als wir Verona berührten, es ihnen sehr schwierig wurde, in Bologna und Ferrara zu bleiben. Es ist mir gleichfalls erlaubt, daran zu erinnern, daß der Prinz Napoleon, in einem im „Moniteur“ eingerückten Bericht erklärte, daß seine Manöver und sein Vorrücken die Oestreicher zwangen, sich zurückzuziehen. Deshalb bin ich erstaunt, von Ihnen zu hören, daß Pius IX. von Allen, selbst von den Oestreichern, verlassen worden sei. Wie dem auch sei, von unserem Eintritt in Italien datiren sich die ersten Unglücksfälle des Papstes. Hätte er sie verhindern und diejenigen, welche ihnen folgten, beschwören können, indem er Reformen bewilligte? Nein, gewiß nicht. Ich wende mich an die Biederkeit des Kaisers. Hätte er, im Falle eine Insurrektion in Nantes, Lyon oder Straßburg ausgebrochen wäre, dieses Moment gewählt, um das Dekret vom 24. November zu bewilligen? Sie selbst, Herr Vicomte, würden Sie bei dem Minister des Innern um die Erlaubniß nachgesucht haben, ihm rathen zu dürfen?“ — Monsgr. Dupanloup beweist, mit dem Text in der Hand, daß der Papst die Konzessionen nicht verwarf: „Ein Anleihen, eine Armee, freie Reformen, mit einem Wort, eine Regierung mit billigem Rechte, sich selbst genügend, das ist es, was der Papst wünschte, wonach er trachtete, ehe er Almosen und Garnison der Mächte erhielt. Er hat Schiffbruch gelitten, sagen Sie. Keineswegs; es ist ihm gelungen, Fonds zusammenzubringen, einen der ersten Generale Europa's zu besitzen, Alles, was nöthig war, Frankreich zu veranlassen, sich bald zurückzuziehen, ohne einer inneren Revolution Platz zu lassen. Da ist es besonders, mein Herr, wo Sie den Triumph des Parteigeistes sehen. Sie haben herabwürdigende Worte gegen unsere Bretagner, weil sie aus einem Lande sind, in welchem die Anhänglichkeit an die alte Monarchie mit dem Glauben fortbestand. Man hat in Rom, sagen Sie, ein kleines Koblenz gemacht. Ist dies sehr ernsthaft? Ich fordere Sie auf, zu beweisen, daß man nichts gegen Frankreich vorhatte; ich kenne Legitimisten, welche, im Gegentheil von dem übeln Empfang, welcher ihnen widerfuhr, beleidigt waren, so sehr war die römische Regierung darauf bedacht, Alles zu vermeiden, was die Politik mit dem edlen Aufschwung der Religion vermengen konnte. Sie haben ferner harte Worte für General Lamoricière, „welcher nicht unter unseren Adlern bei den heroischen Kämpfen in Italien und in der Krimm mitfocht.“ Ich bin überzeugt, mein Herr, daß sie innerlich General Lamoricière für das, was er gethan hat, ehren, und ich werde meinerseits dem Kaiser immer dankbar bleiben, daß er ihm die Erlaubniß dazu gegeben hat. Wenn der Papst von Frankreich nicht mehr vertheidigt worden wäre, so hätten es Franzosen gethan.“ Nach einem Resumé der Ereignisse in Italien fährt der Bischof fort: „Sie sprechen sehr leicht von jenen heroischen Tagen, wo das französische Blut die Erde Italiens röthete. Wissen Sie auch, welchen großen Dienst uns die Schlachten erwiesen? Sie haben es uns nicht allein noch deutlicher gemacht, was das französische Blut gilt, sondern sie haben auch den Unternehmungen Piemonts ihren wahren Charakter verliehen. Ja, seit Castelfidardo, Ancona bis auf Gaëta hat Alles, was man mit dem Namen „nationale Bewegung“ schmückte, seinen wahren Namen wieder angenommen. Piemont hat mehr Bomben geworfen, als Stimmen erhalten. Wissen Sie, was mein größtes Erstaunen ist? Daß Sie, der Sie so großmüthig uns die Depeschen des Herrn von Grammont mittheilen und den Papst und die Katholiken anschuldigen, nicht ein Wort des Unwillens gegen die Gräuelthaten der piemontesischen Invasion haben.“ — Hierauf entwirft der Bischof eine lange Schilderung der Vorgänge in Italien, von den Grausamkeiten, Füsilladen ꝛc. und fragt schließlich Herrn Laguerronnière, „und Sie, mein Herr, der Sie so streng gegen den Papst und seine Vertheidiger sind, Sie haben kein Wort für das Alles?“ — Nachdem der Bischof von Orleans den Eigensinn dargelegt, von welchem der Turiner Hof trotz dem Rathe Frankreichs das Beispiel gab, schließt er wie folgt: „Noch habe ich nicht Alles gesagt. Frankreich, welches Piemont gewiß mehr liebte als den Papst, kann den Papst noch vertheidigen. Will es dies? Sagen Sie es uns, mein Herr, zerreißen Sie den Schleier, welcher Ihre letzten Worte bedeckt, lüften Sie dieses Geheimniß, welches aus den Ihrer wenig würdigen, eingewickelten Phrasen und Zweideutigkeiten hervorgeht. Wenn Sie die Aufrechterhaltung der päpstlichen Souveränetät wollen, so rathen Sie einfach der Regierung des Kaisers, Piemont zu verbieten, dieselbe anzutasten. Wenn die Abschaffung dieser alten Gewalt Ihre Schlußfolgerung ist; wenn in diesen traurigen Zeiten, wo in die öffentliche Moral bei uns zuweilen so grausame Eingriffe geschehen, der erhabenste Repräsentant des Glaubens und der christlichen Moralität geopfert werden soll, so sagen Sie es; wenn dies Ihre Meinung ist, so unterstützen Sie dieselbe. Aber in dem Augenblick, wo Ihre Schrift die Zahl der Unglücksfälle des Papstes vollzählig machen kann, in dem Augenblick, wo sie Frankreich ermuthigen kann, die weltliche Macht des heiligen Stuhles aufzugeben und Piemont zu bestimmen, Hand an dieselbe zu legen, leihen Sie ihr wenigstens nicht die Worte, um das Opfer zu beschimpfen!“

— [Adreßentwurf.] In der heutigen Sitzung des Senates wurde der Entwurf zur Adresse an den Kaiser mitgetheilt. (Einen telegr. Auszug desselben haben wir bereits in Nr. 48 gegeben. D. Red.) Derselbe lautet:

Sire! Als Ew. Majestät durch das Dekret vom 24. Nov. Ihre Verbin-

dungen mit den großen Staatskörpern und die Verbindungen der großen Staatskörper mit dem Lande zu erweitern für gut befanden, begriff der Senat, der Hüter des Staats-Grundgesetzes (pacte fondamental) auf der Stelle, daß die Verfassung unangetastet blieb und nur durch eine energischere Bewegung belebt werden sollte. Wir wünschen uns Glück, Sire, zu der erhabenen Bestätigung, welche Ew. Majestät unserer Auslegung verliehen hat. Frankreich liebt weder das Uebermaß der Freiheit, noch das Uebermaß der Gewalt (ni les libertés, ni les pouvoirs excessifs); aus diesem Grunde hält es mit Vertrauen an der Verfassung von 1852 fest, deren weise Schranken die Gewalt vor dem Unumschränkten und die Freiheit vor der Zügellosigkeit bewahren. Als Urheber dieser auf die Stimme der Nation gegründeten Verfassung ist Ew. Majestät die festeste Stütze derselben, und in Ihren Händen wird sie nicht ihren wesentlichen Grundsätzen untreu werden. Nun wird man ihr aber nicht untreu, wenn man Reformen die Bahn erschließt, welche den bleibenden Einrichtungen entsprechen und nur mit jenen Verfassungen unverträglich sind, die keinen festen Rückhalt haben. Wir begrüßen die Reformen mit Dank und werden sie mit der Unabhängigkeit aufnehmen, die in unserem Herzen lebt und die Sie wünschen, und mit der Mäßigung, die zu den Pflichten des Senates gehört. Die Auseinandersetzung der innern und äußern Lage des Landes hat uns durch die unwiderleglichsten Dokumente bewiesen, wie unwandelbar Ew. Majestät um die Wohlfahrt und Größe des Reiches besorgt gewesen sind.

Im Innern herrscht Ordnung im Verein mit Sicherheit, und Jeder erfreut sich des Genusses jener verständigen Freiheit, die Frankreich nicht entbehren kann. Unsere Finanzen werden, wie es scheint, dadurch keine Störung erleiden, daß Einkünfte zum Betrage von 90 Millionen der Entlastung allgemeiner Verbrauchsartikel geopfert worden sind. Denn um diese freiwillige Lücke zu füllen, bedarf Ihre Regierung keiner neuen, in der Regel ziemlich ungünstigen Auflagen, noch des öffentlichen Kredits, der stets gern geschont sein will. Wenn der einen Augenblick durch den Handelsvertrag in Besorgniß versetzte Gewerbfleiß während des Uebergangszustandes mit seinen Kräften haushält, so wird er unter dem Sporn der Wettbewerbung den Muth wiederfinden, welcher den Sieg verleiht. Mittlerweile werden die öffentlichen Bauten mit der alten Rührigkeit fortgesetzt, ohne die Erschütterungen zu fürchten, welche bloß durch zu gewagte Unternehmungen herbeigeführt werden könnten. Das Kapital ist reichlich vorhanden und wartet nur darauf, in Bewegung gesetzt zu werden. Mit Ungeduld harrt es der Zeit entgegen, wo die äußere Lage sich endlich wieder beruhigt haben wird, um die materiellen Interessen auf die Bahn des öffentlichen und des Privatreichthums zu lenken. Diese Bahn ist hinfort einer der für die Nationalthätigkeit nothwendigen Wege. Frankreich scheut sich nicht, dies offen auszusprechen, weil es, indem es sie beschreitet, in seinem Kultus für die herrlichen Thaten auf dem Gebiete des Geistes und Muthes nicht nachlassen, noch von dem moralischen Erbtheil, welches die Gesittung hebt, etwas herausgeben will. Deßhalb hat der Senat der Maaßregel, durch welche Ew. Majestät verschiedene Zweige, die auf Wissenschaft, Literatur und Kunst Bezug haben, in den Händen des Staatsministers vereinigt, seinen vollen Beifall gegeben. Die den Werken der Intelligenz zu Theil werdende Ermuthigung ehrt eine Regierung und befruchtet den Geist einer Epoche. Vereinigt unter den Augen des Kaisers, werden diese Aufmunterungen mit mehr Einheit, Folgerichtigkeit und Erfolg vertheilt werden. Mit eben so lebhafter Befriedigung hat der Senat gesehen, mit wie gutem Erfolge Ihre Regierung es sich hat angelegen sein lassen, den Unterricht in Religion und Literatur zu begünstigen, die Lage der Geistlichkeit zu verbessern und auf dem Lande die Zahl der Pfarren und Vikariate zu vermehren. Die Entwicklung des sittlichen Gefühls ist die beste Bundesgenossin der arbeitsamen Thätigkeit eines Volkes. In diesem Sinne begleiten die Wünsche des Senats bei Ew. Majestät die so löblichen Bemühungen Ihrer Verwaltung, die Gemeinden des Kaiserreichs und vor Allem die ländlichen Gemeinden bei dem Bau und der Ausbesserung ihrer Kirchen, ihrer Presbyterien und ihrer Schulen zu unterstützen. Während der Ackerbau sich unter der schützenden Hand des Kaisers hebt, ist es unerläßlich, daß die Sittlichkeit der Bevölkerung in einer damit parallel laufenden Bewegung fortschreite. In Folge der Reise Eurer Majestät nach Algerien haben Sie beschlossen, daß der Regierung dieser Kolonie eine neue Organisation zu Theil werde. Wir wünschen uns Glück dazu, daß wir einen berühmten Marschall, unseren Kollegen, durch Ihr Vertrauen dazu berufen sehen, die Hoffnungen zu verwirklichen, die sich an das Dezentralisationssystem knüpfen, womit Sie einen entschlossenen Versuch gemacht haben. Möchte dieses System, wonach das Militärelement das Zivilelement kräftigen und nicht in den Hintergrund drängen soll, mehr und mehr die Bedingungen des Vertrauens für die Kolonisten und die Sicherheit der Kapitalien verstärken. Die Beständigkeit in den Institutionen der Kolonie wird namentlich zu diesem Ergebnisse führen, und diese Beständigkeit ist im Geiste unserer Verfassung und im Gedanken des Kaisers begründet. Nach außen, Sire, hat Ew. Majestät durch die Unumwundenheit der Mittheilungen Ihrer Regierung die öffentliche Ueberzeugung aufgeklärt und die Zuversicht des Landes in die Größe Frankreichs und in die Erhaltung des Friedens gekräftigt. Die Beunruhigungen, die früher durch die Ankündigung einer verhängnißvollen Epoche verbreitet waren, haben sich verloren. Die diplomatischen Korrespondenzen haben die trefflichen Beziehungen Frankreichs, das Gewicht seiner Anschauungen, den Werth seiner gemäßigten und versöhnlichen Politik in das hellste Licht gestellt. In Syrien haben Sie den Degen Frankreichs zwischen die christliche Bevölkerung und den muselmännischen Fanatismus gestellt. Die Niedermetzelungen unserer katholischen Brüder sind beim Anblicke unserer Fahne beschworen. Noch mehr, die französische Armee ist, Ihrem Rufe treu, in den äußersten Orient gegangen, um das Kreuz wieder zu erheben, das durch den asiatischen Aberglauben in den Staub gelegt war. Missionäre der Religion und Rächer der französischen Interessen, haben unsere Soldaten, vereinigt mit denen Großbritanniens, den Ideen, dem Handel und der Zivilisation in der Hauptstadt des himmlischen Reiches Eingang verschafft. Es war das ein schöner Tag, wo in der wiederhergestellten Basilica sich das Tedeum für den Herrn und das Domine salvum für den Kaiser hören ließ.

Wenn wir jetzt die Augen auf die italienische Halbinsel werfen, so fallen uns, wie Eurer Majestät die Ereignisse auf, deren Schauplatz dieselbe seit unserer letzten Session war. Zwei Interessen ersten Ranges, welche der Kaiser versöhnen wollte, standen sich gegenüber und die italienische Freiheit ist in Streit mit dem römischen Hofe. Um diesen Konflikt zu verhindern und aufzuhalten, hat Ihre Regierung alles versucht, was die politische Geschicklichkeit und die Loyalität anrathen kann. Den Einen haben Sie den Weg des Völkerrechtes gezeigt, den Anderen den der Transaktionen. Hier haben Sie Sich von ungerechten Angriffen getrennt; dort haben Sie unpolitischen Widerstand bedauert; überall sind Sie bewegt worden von edlem Unglück und schmerzlichen Ruinen. Mit einem Worte: alle gerechten Wege wurden erschlossen, und Sie blieben nur vor der Anwendung der Gewalt stehen; denn es sind nicht die bewaffneten Interventionen, welche die Gedanken der Versöhnung verwirklichen. Eure Majestät hat übrigens nicht vergessen, daß zu andern Zeiten es der Fehler Frankreichs war, Italien regieren zu wollen, nachdem es dasselbe befreit hatte; Sie haben die französische Politik von dem befreien wollen, was ihre Verlegenheiten ausmachte, nicht daran denkend, daß, weil man zu Gunsten des von dem Auslande unterdrückten Italiens intervenirt hatte, man auch den Willen des befreiten Italiens zwingen müsse. Dieses Nichtinterventionssystem, das beste zur Verhinderung allgemeiner Zusammenstöße, wird unserer uralten Eifersucht auf Oestreich das Feld verschließen; und wenn trotz düsterer Prophezeiungen ein europäischer Krieg nicht im Frühjahre ausbricht, so geschieht dies, weil Eure Majestät, eine kluge und feste Stellung einnehmend, den Verführungen wilder Leidenschaften widerstand und zugleich den Anforderungen der Reaktionen nicht nachgab. Und dieser Friede wird eine so kostbare Wohlthat für Italien sein, wie für uns; denn Italien wird von der es betrachtenden Welt nur dann verstanden werden, wenn es beweist, daß es Europa durch seine Freiheit nicht aufregen will, wie dasselbe es so lange durch sein Unglück gethan hat. Möge es besonders bedenken, daß der Katholizismus ihm das Oberhaupt der Kirche, den Repräsentanten der größten moralischen Kraft der Menschheit, anvertraut hat. Die religiösen Interessen Frankreichs verlangen von ihm, dieses nicht zu vergessen; die freundschaftlichen Erinnerungen von Magenta und Solferino lassen uns hoffen, daß es diesem Rechnung tragen wird. Aber unsere feste Zuversicht beruht in der schützenden und unermüdlichen Hand Eurer Majestät. Ihre kindliche Liebe für eine heilige Sache, welche Sie nicht mit der der Intriguen verwechseln, die deren Maske annehmen, hat sich unaufhörlich in der Vertheidigung und der Aufrechthaltung der weltlichen Macht des heiligen Vaters gezeigt, und der Senat zaudert nicht, allen Handlungen Ihrer politischen, loyalen, gemäßigten und ausdauernden Politik seine vollständige Zustimmung zu geben. Was die Zukunft anbelangt, so werden wir fortfahren, unser Vertrauen in den Monarchen zu setzen, der das Papstthum mit der französischen Fahne deckt, der ihm in seinem Unglücke beistand, und der sich zum wachsamsten und treuesten Wächter Roms und des päpstlichen Thrones bestellt hat. Sire, Angesichts der Fragen, die man in Europa aufstellen zu wollen scheint, ist vielleicht Frankreich das Land, wo weniger zu thun ist, wegen alles dessen, was schon geschehen ist. Doch kann eine Nation wie die unsere nicht unthätig bleiben. Die Arbeit und der Fortschritt sind ihre Bestimmung, und von Eurer Majestät kommen die fruchtbringendsten Antriebe. Was auch der Antheil des Senats an der nationalen Bewegung sein wird, Eure Majestät kann auf seinen Eifer, seine Aufopferung und seine Liebe für das öffentliche Wohl und die Wahrheit zählen.

— [Tagesnotizen.] Benedetti, Chef der politischen Abtheilung im Auswärtigen, tritt nächstens wieder eine Reise nach Turin an. — Graf Persigny hat einen Brief an Louis Veuillot gerichtet, in welchem er ihm die Gründe auseinandersetzt, warum er ihm für den Augenblick die Erlaubniß zur Herausgabe eines Journals versagen muß. — Der Minister Franz' II., Casella, wird hier erwartet. Er begiebt sich nach kurzem Aufenthalte weiter nach Berlin und Petersburg. — Lord Cowley hatte gestern, Graf Kisseleff vorgestern eine lange Unterredung mit Herrn Thouvenel, wie es heißt, über die syrische Angelegenheit. — Die hiesige Freimaurerloge La Sincère Amitié hatte an Abd el Kader ein Schreiben gerichtet voll Dank und Anerkennung seines Verhaltens in den Schreckenstagen von Damaskus. Der Ex-Emir hat darauf in Demuth erwidert, daß er Alles nur um Gottes und seiner Liebe willen gethan habe.

— [Oeffentliche Bauten in Paris.] Pariser Blätter geben folgende Uebersicht der in Paris zu Anfang 1861 im Bau begriffenen öffentlichen großen Arbeiten: Die Restauration der Notre-Dame; Vollendung der Arbeiten im Innern des Louvre; Bau des Palastes für das Handelsgericht; die Brücke Louis Philippe's; Wölbung des Kanals St. Martin; das Theatre Lyrique, Theater des Zirkus; Umbau des Portals von St. Etienne du Mont; Vollendung des Boulevard Sebastopol (linkes Ufer); Boulevard St. Germain, Platz der großen Oper; das neue Kavalleriequartier im Westen des Platzes Fontenoy; Palais de l'Elysée; Nordbahnhof; Verschönerung des Innern von St. Germain des Prés; Bau der Kirche St. Bernard, einer Kirche im Quartier Clignancourt und der Kirche St. Augustin; Vollendung der Boulevards Malesherbes, Beaujou, Alma, Roi de Rome und Empereur; Bau des neuen Etablissements von St. Perine in Auteuil; die Kunstmalereien an der Kuppel des Transepts der St. Rochuskirche; das neue Peristyl des Theatre Français; die Halles Centrales; Kaserne des Minimes; Neubau der Quais de Gevres und de l'Archeveché; Herstellung eines schönen Platzes rue St. Martin vor der Kirche St. Nicolas des Champs; Versetzung von 20—40 Jahre alten Bäumen auf die Quais, Boulevards und Promenaden; Einrichtung der Kanäle auf dem Boulevard von Sebastopol (rechtes Ufer); Vollendung des Thurmes von St. Germain l'Auxerrois; Vergrößerung des Justizpalastes; Restauration des Chors von St. Nicolas du Chardonnet; Verschönerung des Parks von Monceau; Vollendung des Boulevard Prinz Eugen; Verschönerung der früheren äußeren Boulevards; Bronzirung der Fontainen auf dem Koncordeplatz; Vorbereitungen im Industrie-Palast für die Ausstellung von Werken lebender Künstler; Nivellirung des höheren Theiles der rue Faubourg St. Dénis; Umgestaltung der kaiserlichen Bibliothek; Restauration des Palais de l'Institut; Anbau an die kaiserliche Schule des Beaux-Arts; Freistellung der Kirche Saint Leu nach der Nordseite; Verschönerungen des Conservatoire des arts et métiers und Restauration der römischen Gruft; Zerstörung der von den Barrieren herrührenden Pavillons ꝛc. ꝛc.

Schweiz.

Bern, 22. Februar. [Piemontesische Kriegsgefangene.] Von den zu Gaëta von den Piemontesen zu Kriegsgefangenen gemachten Schweizern sind laut Anzeige an den Bundesrath 200 Mann bereits in Genua eingetroffen, welche über Locarno nach der Schweiz instradirt werden. Ich glaube, es dürfte nicht zu hoch angeschlagen sein, wenn man die Zahl der im letzten Monat aus italienischem Militärdienst heimgekehrten und noch heimkehrenden Schweizer auf 2500—3000 Mann annimmt; zählte doch das Veteranenkorps in Gaëta allein 600 Mann. Unmöglich kann die Schweiz diese Heimkehr ihrer Landeskinder mit Freuden begrüßen, zumal sie durch das neue Gesetz gegen fremden Militärdienst eigentlich verpflichtet ist, gegen dieselben strafend einzuschreiten. Große Verlegenheit dürften ihr die Veteranen bereiten, die unter den obwaltenden Verhältnissen allem Anschein nach die Aussicht auf eine neapolitanische Pension gänzlich verloren haben. (Schl. Z.)

Italien.

Turin, 23. Febr. [Zur Thronrede.] In Beziehung auf die Thronrede bemerkt man noch nachträglich, daß sie über die inneren Angelegenheiten sich sehr kurz ausdrückt. Die Ursache liegt darin, daß das Ministerium dem Parlament in den wichtigsten Grundsätzen die Initiative überlassen will; darauf gestützt, hofft das Ministerium den Lokalinteressen, welche ohne Zweifel sehr laut und breit auftreten werden, sich, so weit es das allgemeine Wohl erheischt, mit Erfolg entgegenstellen zu können. Die Regierung hält nur von vornherein den einen Standpunkt fest: „die natürliche Einheit des Königreichs". Auch eine neue Anleihe wird nicht angekündigt, obwohl das Ministerium wirklich die Absicht hatte, sie vorzuschlagen und bereits sehr vortheilhafte Vorschläge von Häusern aus Paris und London erhalten hatte. In dieser Beziehung will die Regierung erst die Finanzdebatten abwarten, um der Forderung einer Anleihe den Verdacht zu benehmen, als wenn sie zu kriegerischen Zwecken verwendet werden solle. (N. Z.)

— [Tagesnotizen.] Die „Opinione" ist ermächtigt, zu erklären: Anläßlich des Gerüchtes, ein Breve des römischen Hofes habe dem „bekannten Priester" Paul Ballarini die Vollmacht ertheilt, die bischöfliche Jurisdiktion in Mailand auszuüben, habe die königliche Regierung unverzüglich verfügt, daß gegen Jeden, der von diesem Breve Gebrauch machen wollte, das Strafverfahren eingeleitet würde. — Dieser Tage ist eine technische Kommission zur Untersuchung der Bauten auf der Bahnstrecke von Piacenza nach Mailand und von Mailand nach Pavia abgegangen mit dem Auftrage, alle Mittel anzuwenden, damit diese Bahnstrecken in der kürzesten Zeit vollendet seien. 2500 neue Arbeiter wurden in Folge dessen angestellt. — Vorgestern starb hier der berühmte Schauspieler Gustav Modena, der Gründer der neueren italienischen dramatischen Schule, aus der die Ristori, die Cazzola und Ernst Rossi hervorging. — Aus Neapel hat J. P. Becker einen Aufruf zu einer deutschen Legion erlassen, die aus Deutschen und Schweizern bestehen, aber gleich den Garibaldischen Freiwilligen erst zusammentreten soll, wenn der Kampf gegen Venetien beginnt.

— [Modena's Leichenbegängniß; Ministerkrisis; die venetianische Emigration.] Das Leichenbegängniß von Gustav Modena hat großes Aufsehen gemacht. Der Kämpfer für die nationale Unabhängigkeit aus den Jahren 1848 und 49 hat selbst sein Leichenbegängniß zu einem Akt demonstrativer Opposition zu machen angeordnet. Er ließ sich, obgleich Katholik, auf dem protestantischen Friedhofe und ohne irgend eine kirchliche Zerimonie begraben. Studenten mit dreifarbigen Fahnen zogen voran, Cosenz, Medici, Bixio, Türr, Brofferio, eine große Anzahl Journalisten, Künstler, Schauspieler und vorgeschrittene Parteimänner folgten nach. — Die ministerielle Krisis dauert fort. Vegezzi entschließt sich dazu, noch einige Zeit das Finanzportefeuille zu behalten. Man wird inzwischen einen geeigneten Nachfolger suchen. Marquis Pepoli, der sich als einen der unentbehrlichsten Kandidaten vordrängt, wird es wohl nicht. Er macht mit seiner finanziellen Virtuosität zu viel Wesen, um im Ensemble der Kabinetspolitik die benöthigte untergeordnete Stellung einehmen zu können. Da Vegezzi seine ministerielle Wirksamkeit nachträglich noch verlängert, so glaubte sein Generalsekretär, Giorauolo, es sich selber schuldig zu sein, vor ihm aus seinem Posten zurückzutreten, was allerdings ein hierarchischer Verstoß gegen das konstitutionelle Point d'honneur sein mag. — Bösen Eindruck macht eine der neuesten Maaßregeln der Regierung: die ganz kürzlich erfolgte Internirung der venetianischen Emigration nach Aosta. Es heißt, Graf Borromeo von Mailand, Generalsekretär des Innern, habe aus persönlichen Rücksichten dies verfügt. Die venetianische Emigration hat sich seit 1848 übrigens stets musterhaft und würdig benommen. (K. Z.)

Turin, 26. Febr. [Telegr.] Der Senat hat das Gesetz, welches Victor Emanuel und seinen Deszendenten den Titel eines Königs von Italien beigelegt, mit 129 gegen 2 Stimmen angenommen.

Rom, 15. Febr. [Ueber die Demonstrationen] am gestrigen Tage schreibt man der „A. Z.": „Es fing an dunkel zu werden, als durch alle Nebenstraßen dichte Haufen dem Korso zuzogen. Sie hatten es eilig; man sah, die Bewegung war zu einer gewissen Zeit bestellt: nach einer halben Stunde war jeder an seiner Stelle. Nun begann ein Hin- und Herwogen der Massen, dann wurden Aeußerungen der Freude über Gaëta's Schicksal laut, worauf Tausende von leidenschaftlich erregten Stimmen die Häuser hinaufschrieen: „Fuori i lumi!" (die Lichter heraus!) Das Plötzliche des Auftritts verbreitete Angst und Furcht; in einem Augenblick waren die Fenster des Korso erleuchtet. Wer ein Geschäft hatte, eilte seinen Laden zu schließen, denn der Tumult wuchs und noch sah man keine Anstalten treffen, ihm zu steuern. Die Kaffeehäuser waren vorher von den Demonstranten besetzt, besonders stark das Café nuovo, dessen Balkon fast nur Frauen einnahmen, und nun begannen ihre Führer ein bengalisches Feuer mit Nationalfarben abzubrennen, Hochrufe für Victor Emanuel, Garibaldi, Cialdini und für die Union zu intoniren. Da erschienen päpstliche und französische Truppen, besetzten die Zugänge, und nachdem sie dadurch die Schreier im Korso isolirt hatten, nöthigten sie dieselben sich nach und nach zu entfernen." — Um ähnliche Demonstrationen zu verhüten, hat die französische Militärbehörde, wie das „Pays" meldet, bestimmte Maaßregeln getroffen. Alle Abends stationirt ein Piketbataillon auf dem Platz Colonna vom Ave Maria, das ist vom Anbruch der Dunkelheit bis 9 Uhr, und Gendarmen-Patrouillen durchstreifen den Korso. Die päpstliche Regierung ihrerseits hat eine Untersuchung gegen die Anstifter der Bewegung eingeleitet und 25 Personen, die am meisten kompromittirt sind, verbannt.

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

König Franz hat ein Rundschreiben an die bourbonistischen diplomatischen Agenten an den europäischen Höfen anfertigen lassen, in welchem die Ursachen der Kapitulation von Gaëta dargestellt werden. Casella hat nämlich, nachdem er die Festung an Cialdini überwiesen, abermals die diplomatische Feder ergriffen, um zu zeigen, daß die systematische Feindschaft Englands, die französische Erklärung, das Prinzip der Nichtintervention aufrecht zu erhalten, so wie die Verlegenheit der übrigen Mächte, die aus Furcht vor einem allgemeinen Kriege nur fromme Wünsche gehabt, den König von der Nutzlosigkeit ferneren Widerstandes überzeugt hätten; dazu sei in militärischer Beziehung gekommen, daß der Platz schwer gelitten, weil die feindliche Artillerie ein Kaliber gehabt habe, das dem der Festung überlegen gewesen; der heftigste Typhus habe die Besatzung dezimirt; endlich seien zwei Breschen entstanden, wobei Verrath im Spiele und die Mittel der Belagerer in steter Zunahme, die der Belagerten in rascher Abnahme gewesen. Dem König habe täglich das Herz geblutet, und so habe er sich zur Kapitulation entschlossen. General Cialdini dagegen habe sich geweigert, die Feindseligkeiten während der Unterhandlungen einzustellen, ja, sogar sei das Feuer verdoppelt und der Platz mit Wurfgeschossen bedeckt worden. Selbst als die Kapitulation schon vereinbart gewesen und nur noch die Unterschriften gefehlt hätten, habe Cialdini das Schießen nicht eingestellt und noch ein Pulvermagazin in die Luft gesprengt, das an 200 Menschen unter seinen Trümmern begraben habe. Casella bleibt für seine Behauptungen die Beweise schuldig, während er zugleich verschweigt, weshalb Cialdini sich gezwungen sah, den Unterhandlungen wenig zu trauen. — Cialdini's Tagesbefehl vom 17. Febr. lautet:

Soldaten! Gaëta ist gefallen. Die italienische Fahne und das siegreiche Kreuz von Savoyen wehen auf dem Orlandothurme. Was ich am 13. des verwichenen Monats vorhersagte, habt Ihr am 13. des laufenden Monats vollbracht. Wer Soldaten, wie Ihr seid, führt, hat gut Siegesprophet sein. In wenigen Tagen habt Ihr einen Platz zur Uebergabe gebracht, der durch die Belagerungen, die er ausgehalten, und durch die Werke, welche noch fortwährend verstärkt worden waren, berühmt ist, einen Platz, der zu Anfang dieses Jahrhunderts nahe an sechs Monate den ersten Kriegern Europa's widerstand. Die Geschichte wird die Strapazen und Entbehrungen, die Ihr erduldet, so wie die Kaltblütigkeit, Ausdauer und Tapferkeit, die Ihr entfaltet habt, verzeichnen; die Geschichte wird von den durch Euch in so kurzer Zeit ausgeführten Riesenarbeiten berichten. König und Vaterland rufen Eurem Siege Beifall zu, König und Vaterland sagen Euch Dank. Soldaten! Wir haben gegen Italiener gekämpft. Ich kann Euch nicht zu Freudenbezeigungen einladen; ich kann Euch nicht zum Siegesjubel, der beleidigend sein würde, auffordern. Ich halte es Euer und meiner für würdiger, Euch heute auf der Landenge und unter Gaëta's Mauern, wo eine große Leichenfeier begangen wird, zu versammeln. Dort wollen wir für die Tapferen beten, die während dieser denkwürdigen Belagerung fielen, gleichviel, ob sie in unseren Reihen oder auf den feindlichen Wällen kämpften. Der Tod verhüllt mit seinem Trauerschleier allen Bürgerzwist, und vor edlen Herzen sind alle Todten gleich. Ohnedies darf unser Zorn den Kampf nicht überleben. Der Krieger Victor Emanuels bekämpft und vergiebt. Der General Cialdini.

König Franz II. soll die Absicht, sich nach Bayern zu begeben, verschoben haben und wird fürs Erste seinen Aufenthalt in seinem Palaste in Rom nehmen. Der Gedanke, nach Spanien zu gehen,

(Fortsetzung in der Beilage.)

ist, wie man hört, von dem Könige, trotz der nahen Verwandtschaftsverbindung mit dem dort regierenden Herrscherhause, aufgegeben worden. Die Verlängerung des Aufenthaltes in Rom ist augenscheinlich durch den Wunsch diktirt, den Ereignissen in Süditalien nahe zu bleiben, da eine Reise nach Bayern oder Spanien jedenfalls, wenn auch nicht einen Verzicht auf das Recht, so doch einen vorläufigen Verzicht auf alle Hoffnungen einschließen würde. Wahrscheinlich werden die Gesandten, die mit dem Könige Gaëta verlassen haben, in Rom noch eine Zeit lang bei ihm akkreditirt bleiben.

Das Reuter'sche Büreau bringt Nachrichten aus Rom vom 24. Februar, welchen zufolge der König Franz II. daselbst so lange verweilen wollte, wie die französische Besatzung. Die Römer trafen im Geheimen Anstalten zum Empfange des Königs Victor Emanuel. Die Franzosen wollten einen Theil der Provinz Frosinone besetzen. Fünfzehn Römer waren in die Verbannung gegangen.

Der „Gazz. di Venezia" wird aus Rom, 16. Febr., geschrieben, daß man in der Festung Gaëta vom Beginn der Belagerung an 4000 Todte zählte; Kranke gab es 1400, die kein anderes Lager hatten, als die bloße Erde.

Die „Gazzetta del Popolo" hatte zu Unterzeichnungen für einen Lorbeerkranz, der dem General Cialdini überreicht werden soll, aufgefordert. Cialdini richtete sofort an die Redakteure dieses Blattes ein Schreiben, in welchem er dieselben ersuchte, der Subskription eine andere Bestimmung zu geben und den Ertrag den zum Glück wenig zahlreichen Familien der bei diesem Angriffe gebliebenen Soldaten zuzuwenden. Die „Gazzetta del Popolo" bemerkt hierzu, da der Lorbeerkranz schon fast fertig gestellt sei, so könne Cialdini's Wunsch nicht erfüllt werden; die Unkosten seien aber so gering, daß der Ueberschuß der Subskription dem guten Werke gewidmet werden könne, das der „Sieger von Gaëta" befürworte.

Man liest in dem „Courrier de Marseille": „Ein Passagier, welcher sich für einen Grundbesitzer ausgab und sich di Lecce nennen ließ, hat sich in Civita Vecchia auf dem kaiserlichen Packetboot „Capitole" nach Malta eingeschifft. Unterwegs ließ er sich gegen sein Billet zweiter Klasse ein Billet erster Klasse geben. Als das Packetboot Messina in Sicht hatte, verlangte er, das Schiff zu verlassen, da er, wie er sagte, auf die Fortsetzung seines Weges bis Malta verzichte und ihn Angelegenheiten nöthigten, in Messina zu landen. Nun war aber die Reise dieses Passagiers, so wie seine Anwesenheit auf dem „Capitole" sowohl dem Kommandanten der piemontesischen Garnison in Messina, wie dem neapolitanischen General in der Zitadelle bekannt. Alsbald erschien ein piemontesischer Offizier an Bord, um den Reisenden, dessentwegen der Telegraph in Bewegung gesetzt worden war, zu reklamiren. Zu gleicher Zeit kamen jedoch zwei Boote voll Ruderer und Soldaten, die Pistole in der Faust, an, um auf Befehl des Generals Fergola die geheimnißvolle Person in Empfang zu nehmen, welche man in der Zitadelle erwartete, und die Niemand anders als ein Adjutant Franz' II. war. Der Kommandant des „Capitole" mußte dem Adjutanten seinen freien Willen lassen, hinzugehen, wohin er wollte, und durfte in keiner Weise ihn zu irgend einem Entschlusse drängen. Er forderte jedoch den piemontesischen Offizier auf, mit seinen Soldaten das Schiff zu verlassen, was auch geschah. Der Adjutant stieg in eines der neapolitanischen Boote und begab sich nach der Zitadelle, zwei bewaffnete Boote begleiteten ihn."

Die „Agentur Reuter" hat Nachrichten aus Neapel vom 24. Febr. Admiral Mundy hatte den Befehl erhalten, mit seinem Geschwader nach Malta zu gehen. Er wird morgen abfahren. — Eine Deputation der Einwohner Gaëta's schickte sich an, den Prinzen Carignan zu beglückwünschen.

Spanien.

Madrid, 19. Februar. [Demokratische Umtriebe.] Einige unruhige Köpfe ließen es an Umtrieben nicht fehlen, um die Truppen zu verführen; sie gelangen ihnen aber nicht. Die Regierung hält, davon unterrichtet, scharfe Wacht und würde ohne Zweifel jede Erhebung strenge züchtigen; demungeachtet greift sie aber nicht zu energischen Maaßregeln und temporisirt mit den Progressisten wegen der Unterstützung, die ein Theil derselben ihr gewährt. Wenn auch der Wunsch nach Erhaltung der Ordnung und die Verurtheilung der Umsturzversuche sich allgemein äußert, so zeigt sich doch eine große Verschiedenheit in der Beurtheilung des Ursprunges der treibenden Ursache und der Hand, welche die Anarchisten in Spanien beschützt und anspornt. Die einen glauben, daß sie in England, die andern, daß sie in Frankreich zu suchen ist; die Mehrzahl entscheidet sich für die erstere Annahme und bei dem so raschen Hinscheiden des Infanten Don Fernando, des Grafen Montemolin und seiner Gemahlin ist diese Debatte sehr lebhaft wieder aufgetaucht.

Madrid, 23. Febr. [Telegr.] Es hat eine Versammlung von Deputirten des baskischen Landes und Kastiliens stattgefunden, um die Vollendung der Nordbahn zu beschleunigen. Man hofft, daß dieselbe bis Ende 1861 bis Alsasua fahrbar sein wird.

— [Ein neuer Aufruf des Infanten Don Juan de Borbon.] Der Infant Don Juan de Borbon, der durch den Tod seiner Brüder jetzt das Haupt der carlistischen Thron-Prätendentschaft ist, hat einen neuen Aufruf an seine Partei erlassen; derselbe ist aus London, 16. Febr., datirt und lautet:

An die carlistische Partei! Der schmerzliche Verlust meiner vielgeliebten Brüder nöthigt mich, an diejenigen mich zu wenden, welche der Fahne meines Vaters getreu gefolgt sind. Ihr wisset, daß ich zuweilen, in verschiedenen Epochen, das von der carlistischen Partei eingeschlagene Verfahren nicht gebilligt, und daß ich einige Male die Hartnäckigkeit getadelt habe, welche diese Partei in der Aufrechthaltung gewisser Ideen bewiesen, die mit dem Geiste des Jahrhunderts wenig im Einklange stehen; daß, wenn ich mich dem nicht widersetzte, dies aus Achtung für meinen verstorbenen Bruder, so wie in der Ueberzeugung geschehen ist, daß den Doktrinen der reinen Monarchie gemäß, es dem Fürsten zusteht, die Politik aufzustellen, welche er für dem Lande angemessen hält. Seit der Verzichtleistung von Tortosa ist es meine Pflicht gewesen, eine bündige und freimüthige Haltung anzunehmen, um meine Ideen und meine Absichten zu erkennen zu geben. Es ist unnütz, euch die in meinen Manifesten enthaltenen Ansichten zurückzurufen; sie sind der echte Ausdruck meiner Ueberzeugung. Ich werde mich niemals dem entziehen, was ich angeboten, und nie widerrufen, was ich unterzeichnet habe. Ich erfülle so eine Pflicht, welche die Ehre mir auferlegt, und in diesem Punkte werden selbst diejenigen, die mit den Ideen, welche ich vertrete, nicht übereinstimmen, mir Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ich begreife wohl, daß ihr beim Nachdenken über eure Lage zwischen dem Prinzip der Legitimität, welches euch an meine Person bindet, und den Ideen schwankt, die ich vertrete, und die nicht diejenigen sind, welche der Carlistenpartei als Panier dienten. Ihr werdet jedoch nicht vergessen, daß weder Zivilisation noch Fortschritt, weder der Zeitgeist noch die Freiheit im Widerspruch mit der Legilimität der von mir vertretenen Rechte stehen, daß ich viel auf dieselben halte und sie durch das Prinzip der Volkssouveränetät geheiligt zu sehen wünsche, an welche ich im geeigneten Augenblicke, wenn die Umstände mir günstig sind, appelliren werde. Erinnert euch an eure eigene Geschichte seit dem Tode König Ferdinands VII., und ihr werdet sehen, daß die politische Ausschreitung die Ursache aller eurer Mißgeschicke gewesen ist; sie führte die erste Emigration von 1833, den Vertrag von Bergara und alle Mißgeschicke herbei, welche die Vertheidiger der Legitimität erlitten haben; diese Mißgeschicke haben die Männer, welche zu meinem Vater, zu meinem Bruder hielten, nicht wegen der Rechte, die sie vertraten, sondern wegen unredlicher Interessen getroffen. Diese Partei, ob ihrer Ohnmacht verzweifelnd, hat ihre Laufbahn damit beschlossen, daß sie nach und nach in eine Fraktion der Partei der Königin sich verwandelte; bei den Männern, aus denen letztere besteht, giebt es mehrere Punkte, in denen sie mit dem, was ich jederzeit vertheidigt habe, übereinstimmen, wäre es auch nur die Hoffnung, das Regime, das ihr Ideal gewesen, sich verwirklichen zu sehen. Was euch betrifft, die ihr stets gekämpft und so viele Schmerzen mit heroischer Ergebung erduldet habet, und die ihr an mein Loos gebunden seid, weil ihr in mir den legitimen Erben eurer Monarchen, die der Volkswille zu Königen ernannte, respektirt, vereinigt euch mit mir, indem ihr frei und offen meine politische Meinung annehmt; denn diese ist diejenige der Mehrheit der Nation, und durch sie werden wir das Glück und den Wohlstand des Vaterlandes gründen. Juan de Borbon.

Rußland und Polen.

Petersburg, 20. Febr. [Zeitungspolemik; Tagesnachrichten.] Das „Journal de St. Petersbourg" bespricht die auf telegraphischem Wege bekannt gewordene Turiner Thronrede sehr kühl und bemerkt dabei nur, daß der König der Ansicht des Grafen Cavour beigetreten sei, daß die Stunde zum Angriff auf Oestreich noch nicht geschlagen habe. Von größerem Interesse ist ein Artikel des offiziösen Blattes, der mit der Pariser „Patrie" polemisirte. Die „Patrie" hatte nämlich einen Artikel über die Zollfrage in der Türkei gebracht und dabei die Behauptung aufgestellt, daß das die Türkei so schwer drückende Zollsystem, das man jetzt zu revidiren gedenke, eine Folge des Friedens von Adrianopel sei und daß Rußland sich damals durchaus nicht edelmüthig benommen habe, indem es zwar der Türkei durchaus keine territorialen Opfer auferlegte, aber dafür ein Handelssystem aufstellte, welches Volk und Regierung der Türkei zu Grunde richten mußte. Das „Journal de St. Petersbourg" widmet nun der Widerlegung dieser Beschuldigung einen sehr ausführlichen Artikel, auf dessen einzelne Sätze wir nicht eingehen wollen. Bemerkenswerth ist nur der Schluß des Artikels, worin es heißt: „Wir bedauern im Allgemeinen in der französischen Presse, wenn es sich um Rußland und den Orient handelt, häufig Vorurtheile zu finden, die von einer anderen Epoche herdatiren, welche ehemals einen Grund gehabt haben können, welche aber jetzt, wenn nicht der Billigkeit, so doch der Erfahrung und den Lehren der Ereignisse weichen sollten." Dieser empfindliche Ton muß gerade in einem Augenblick überraschen, wo dem äußeren Anschein nach Rußland und Frankreich in der orientalischen Frage so sehr Hand in Hand mit einander gehen; sie läßt vielleicht vermuthen, daß man mit der zweideutigen Haltung Frankreichs durchaus nicht zufrieden ist. — Die „Nordische Biene" spricht sich heute sehr schüchtern zu Gunsten der italienischen Einigung aus. Dasselbe Blatt scheint seinen früheren Traditionen aus der Zeit des Herrn Gretsch in einem Punkte wenigstens treu geblieben zu sein, indem es sich noch immer in einem feindseligen und verächtlichen Tone gegen die Deutschen und alles Deutsche gefällt, was sich allerdings weniger in den Leitartikeln, als in andern Theilen des Blattes bemerkbar macht. — Nach einem Tagesbefehl des Kaisers vom 9. d. Mts. ist der Marineoffizier v. Kotzebue zum Attaché der russischen Gesandtschaft am deutschen Bundestage zu Frankfurt a. M. ernannt. — In Peterhoff dringen die Wölfe am hellen he Tage in die Straßen ein. — Nach einer in der letzten Sitzung der geographischen Gesellschaft gemachten Mittheilung sind die Hoffnungen, mittelst des Manytsch eine Schifffahrtsverbindung zwischen dem Asowschen und Kaspischen Meere herzustellen, in Folge der letzten Untersuchungen vollständig aufgegeben worden. — In Tiflis erwartete man eine Sendung von 9000 Flinten, die von der französischen Regierung für den Schah von Persien bestimmt sind. — Die Unterbrechung und Verzögerung der Postverbindung scheint in diesem Winter einen chronischen Charakter anzunehmen. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht die Postzüge einige Male im Schnee stecken bleiben. Namentlich ist es die Strecke zwischen Pskow und Dünaburg, wo die heftigsten Schneestürme jede Verbindung erschweren und die Direktion der Eisenbahn genöthigt haben, den verschiedenen Zügen eine Anzahl Arbeiter beizugeben, um eintretenden Falls die Hindernisse sofort beseitigen zu helfen.

Warschau, 24. Febr. [Amnestie.] Mittels kaiserl. Erlasses ist nachstehend benannten polnischen Flüchtlingen die Rückkehr in die Heimath gestattet: F. Malinowski, A. Kozminski, A. Szukalski, J. S. Demczynski und A. Jablonski. (Schl. Z.)

Ø **Aus dem Königreich Polen**, 25. Febr. [Der landwirthschaftliche Verein; zur Feier der Schlacht bei Grochow.] Am 21. d. haben nach der bereits gemeldeten Bestimmung die Berathungen des landwirthschaftlichen Vereins begonnen, nachdem die ganze Feier durch einen vom Bischof Grafen Plater abgehaltenen Gottesdienst eingeleitet worden war. In der ersten Sitzung im Hauptsaale des Statthalter-Palastes waren 835 Mitglieder anwesend, darunter eine Deputation der Vereine aus Lemberg und Krakau. Die vom Grafen Zamoyski, Präsidenten des Vereins, gehaltene Eröffnungsrede war sehr ruhig und ernst, hielt den eigentlichen Zweck des Vereins im Auge und wies darauf hin, daß der Weg der Intelligenz der einzige sei, auf dem die Polen ihrem theuren Vaterlande nachhaltigen Nutzen bereiten können und wobei sie auch jederzeit auf die Unterstützung der Regierung rechnen könnten. Diese wie die darauf folgenden anderen Reden schienen den eigentlichen Brauseköpfen nicht zu gefallen, weil sie eben nur Vereinsangelegenheiten betrafen, und sie setzten nunmehr, da ihnen die Sitzungen nicht sonderlich zusagten, ihre Hoffnungen auf die Feier der Schlacht von Grochow, welche auf heute angesetzt war. Da ging (ein Blitz aus heiterm Himmel!) per Telegraph der Befehl aus Petersburg ein, daß das russische Militär das Andenken an diese Schlacht ebenfalls feierlich begehen und, während die Polen in der Kirche für die gefallenen polnischen Brüder Gottesdienst halten und beten würden, vor der Kirche Gottesdienst abhalten und für die gefallenen russischen Krieger beten, dann aber auf dem Grochower Terrain, dem eigentlichen Schlachtfelde, manövriren sollte, feldmäßig gerüstet und mit scharfen Patronen versehen, ganz wie zur Schlacht. Dieser Befehl, bald überall bekannt, wirkte sehr niederschlagend, und als Ref. gestern Warschau verließ, waren viele der feurigeren Mitglieder schon abgereist oder doch im Abreisen begriffen, wogegen die ruhigeren natürlich bleiben und die Verhandlungen jedenfalls mit Nutzen für das Ganze fortsetzen werden.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 20. Febr. [Die schwedische Flotte; Emanzipation der Frauen; Bevölkerung Schwedens.] Die schwedische Flotte zählt zur Zeit folgende im Kriege verwendbare Dampfschiffe: 1 Schraubenlinienschiff mit 6 Bombenkanonen, 64 Kanonen und 350 Pferdekraft; 1 dito von 4 Bombenkanonen, 70 Kanonen, 300 Pferdekraft; 1 Schraubenfregatte von 4 Bombenkanonen, 4 Kanonen, 300 Pferdekraft; 1 dito von 2 Bombenkanonen, 8 Kanonen, 200 Pferdekraft; 4 Schraubenkanonenboote, jedes von 2 Bombenkanonen, 2 Kanonen und 60 Pferdekraft; 1 dito von 1 Bombenkanone und 70 Pferdekraft; im Ganzen 25 Bombenkanonen, 154 Kanonen, 1466 Pferdekraft. Im Bau begriffen sind: 1 kleinere Schraubenfregatte von 22 Bombenkanonen und 4 Schraubenkanonenboote, jedes von 2 Bombenkanonen, ferner ein Räderdampfschiff von 4 Kanonen, 200 Pferdekraft; 1 Schraubenfahrzeug mit einer Kanone, 160 Pferdekraft; und 1 Transportdampfboot von 4 Kanonen, 60 Pferdekraft. Norwegen besitzt jetzt 2 größere Dampffregatten von resp. 41 und 50 Kanonen und eine Dampfkorvette von 14 Kanonen, außerdem 3 Dampfkanonenboote. — Es giebt wohl wenige Länder in Europa, wo die Emanzipation der Frauen so sehr ins praktische Leben gedrungen ist, wie in Schweden. Vor nicht langer Zeit wurde in Gefle eine Dame zum Organisten der Stadtkirche ernannt, und aus Umea erfährt man nun, daß die Damen aufgefordert werden, an der nächtlichen sogenannten Sicherheitspatrouille Theil zu nehmen. In dem Lokalblatt der genannten Stadt hat sich eine lebhafte Debatte über diese Sicherheitspatrouille entsponnen, indem diese von Einigen als eine unnütze Einrichtung und eher als „eine Unsicherheitspatrouille mit Rücksicht auf die Gesundheit, die Nachtruhe und die Bequemlichkeit" betrachtet wird. — Die Bevölkerung Schwedens betrug Ende 1857 3,672,988 Seelen und hatte somit seit 2 Jahren nur um 31,977 zugenommen, während hingegen in den fünf Jahren von 1851 bis 55 die jährliche Zunahme 31,634 betrug. Die Ursache der geringen Vermehrung im Jahre 1857 liegt in der großen Sterblichkeit, die in diesem Jahre herrschte. Während in den 10 Jahren 1847 bis 56 durchschnittlich nur 74,408 Sterbefälle auf 110,539 Geburten kamen, stieg im Jahre 1857 die Zahl der Gestorbenen auf 101,453 gegen eine Nativität von 119,303 und sind außerdem 3245 Personen mehr aus dem Lande gezogen, als eingewandert. Von der eben erwähnten Volkszahl des Jahres 1857 befanden sich in den Städten, mit Ausnahme der Hauptstadt, die 101,502 Einwohner zählte, 296,212 und auf dem flachen Lande 3,289,887 Seelen. (K. Z.)

Türkei.

Belgrad, 22. Febr. [Erklärung des Fürsten.] Dem „Nord" wird von hier gemeldet, daß Tags zuvor der Fürst die fremden Konsuln um sich versammelt und ihnen auseinandergesetzt habe, wie loyal die serbische und wie unklug sich die türkische Regierung [illegible] zeugen lassen. (?)

Vom Landtage.

Herrenhaus.

— Die 11. Kommission des Herrenhauses für Handel und Gewerbe hat sich konstituirt; sie besteht aus folgenden Herren: Fürst zu Hohenlohe-Oehringen, Vorsitzender, Dr. v. Düesberg, Stellvertreter des Vorsitzenden, Dr. Engelhart, Schriftführer, Dr. Tellkampf, Stellvertreter des Schriftführers, v. Frankenberg-Ludwigsdorf, Richtsteig, Onderyck, v. Küster, Dr. Krausnick, Engels, Freiherr v. Sanden-Tussainen, Graf v. Ballestrem, Dr. Camphausen I. (Köln), Fürst v. Fürstenberg, Camphausen II. (Berlin).

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 27. Febr. [18. Sitzung.] Vom Präsidenten Dr. Simson um 11 Uhr 45 Minuten eröffnet. Am Ministertische: Freiherr v. Patow, Graf Pückler, v. Auerswald, Freiherr v. Schleinitz, v. d. Heydt und mehrere Regier.-Kommissarien. — Vor dem Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort der Präsident Dr. Simson: Der Abg. Graf Renard hat in der letzten Sitzung zwei an das Präsidium des Hauses gerichtete Schriftstücke übergeben, deren eines eine Erklärung über das in der Sitzung vom 8. d. ihm und dem Abg. Braehmer gegenüber eingehaltene Verfahren enthält, das andere beantragt, diese Erklärung dem stenographischen Berichte einzuverleiben. Der Inhalt und die Form dieser Erklärung legen mir die Ueberzeugung und die Pflicht auf, der Entscheidung des Hauses beide Schriftstücke zu übergeben. Ich darf und werde der Entscheidung des Hauses durch mein Votum nicht vorgreifen und dies um so weniger, da ich als Präsident des Hauses bei dieser Angelegenheit betheiligt bin. Ich werde mich also darauf beschränken, vorzuschlagen, diese beiden Schriftstücke der Geschäftsordnungskommission zur Begutachtung überweisen zu wollen. Ich übergebe bis zur Beschlußfassung den Präsidentenstuhl dem ersten Vizepräsidenten Herrn Grabow. — Abg. Braehmer: Es ist meiner in der Erklärung des Grafen Renard Erwähnung gethan; ich halte es für nothwendig, mich dahin auszusprechen, daß dies ohne mein Mitwissen (!) geschehen ist. Als der Hr. Präsident mir am 8. d. auf meine Privatanfrage seine Privatansicht aussprach, hielt ich die Frage, soweit sie mich betrifft, für vollständig erledigt, sie ist also außer allem Zusammenhange mit der Erklärung des Hrn. Grafen Renard. — Der Abg. Graf Renard hat das Wort, wird aber von dem Vizepräsidenten Grabow mit der Bemerkung unterbrochen, er möge sich nur an die Vorfrage, ob die Angelegenheit an die Geschäftsordnungskommission überwiesen werden soll oder nicht, halten. — Abg. Graf Renard: Ich habe eine öffentliche Verhandlung über das, was öffentlich in der Sitzung vom 8. d. geschehen ist, verlangt. Der Hr. Präs. hat aber wieder den Ausweg beliebt, die Sache einer Kommission zu überweisen. Ich wende mich an die Versammlung und hoffe, daß sie mir nicht verweigern wird, über eine öffentliche Beleidigung öffentlich zu verhandeln; ich hoffe, daß sie es nicht vorziehen wird, die Sache zu verschleppen. — Vizepräs. Grabow: Der Abgeordnete hätte sich nicht zu äußern, ob hier eine Beleidigung vorliegt. Der Präs. Hr. Simson verfuhr mit seinem Vorschlage streng nach der Geschäftsordnung und es ist ganz gerechtfertigt, daß die Anträge erst an die Kommission überwiesen werden und dann erst im Plenum zur Berathung kommen. — Bei der Abstimmung wurden die Schriftstücke mit sehr überwiegender Majorität der Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Zur Verstärkung der Kommission für das Justizwesen, Behufs Vorberathung der Anträge der Abgg. Burghardt und Genossen, betr. die Reform des Hypothekenwesens in Neu-Vorpommern und Rügen, und der Abgg. Conrad und Genossen, wegen Abänderung a) der Hypothekenordnung, b) der Subhastationsordnung, sind folgende 7 Mitglieder gewählt worden: Conrad, v. Reibnitz, Dr. Beseler, Burghardt, Knövenagel, Kuhlwein, Hinrichs. — Der Präsident Dr. Simson übernimmt den Vorsitz.

Der Finanzminister Frhr. v. Patow übergiebt in Folge Allerh. Ermächtigung vom gestrigen Tage einen Gesetzentwurf, betreff. die Abänderung des Gewerbesteuergesetzes vom 30. Mai 1820. Ein Entwurf ist schon in der vorigen Session vorgelegt worden, er ist aber im Plenum nicht mehr zur Diskussion gekommen. Nur eine erhebliche Modifikation habe die Kommission den Vorschlägen der Regierung gegenüber gemacht, diejenige, daß die Steuer vom Handel nicht in 2 sondern in 3 Klassen getheilt werde. Die Regierung schließt

sich in dem gegenwärtigen Entwurfe dem Drei-Klassensystem an. Der Entwurf wird der vereinigten Kommission für Finanzen und für Handel und Gewerbe überwiesen. — Der Antag der Abgg. Lyskowski und Genossen (s. unten) wird einer besonderen Kommission überwiesen.— Das Haus geht nun zum ersten Gegenstand der Tagesordnung über: Bericht der Budgetkommission über die Verwaltung der direkten und indirekten Steuern und das Salzmonopol. Berichterstatter v. Bockum-Dolffs. — Abg. Harkort verlangt anstatt einer Erhöhung der Klassensteuer eine Ermäßigung. — Der Finanzminister Frhr. v. Patow: Daß die persönlichen Steuern zunehmen müssen, ist durch die Verhältnisse geboten, und die Regierung muß darauf halten, eine Zunahme der Einnahmen, welche mit der Zunahme des Wohlstandes im Einklange stehe, herbeizuführen. Wenn es zur Sprache gekommen ist, daß einzelne Provinzialbehörden in dieser Richtung einseitig vorgehen, so haben sie gegen die Intentionen der Regierung gehandelt. Petitionen, von denen Hr. Harkort spricht, sind der Regierung noch nicht zugegangen. — Abg. André glaubt, daß bei den Steuererhöhungen die rothe Dinte der Bezirksregierungen einen größeren Antheil habe, als der zunehmende Wohlstand. Der Regierungsbezirk Trier sei auf 8900 Thlr. höher veranschlagt, und da sei nicht der Wohlstand gestiegen. Die Bezirksregierungen erhöhen die Klassensteuer willkürlich ohne Anfrage bei der Einschätzungskomission; so in einem Kreise des Regierungsbezirks Trier, wo 111 Erhöhungen dieser Art vorgekommen. — Der Finanzminister Frhr. v. Patow: Wenn solche Willkürlichkeit in diesem Kreise vorgekommen, so ist es gegen die Intentionen der Regierung und es mag der Kreis namhaft gemacht werden, so soll die Sache gewissenhaft untersucht und Abhülfe geschafft werden. — Abg. André: Diese 111 Leute gehören der untersten Klasse an und verstehen es nicht, sich zu beschweren. — Der Minister wiederholt, daß wenn Willkürlichkeiten vorgekommen sind, abgeholfen werden wird, ob die Erhöhung materiell gerechtfertigt ist, oder nicht.

Abg. v. Bentkowski rügt einen Uebelstand in der Bromberger Gegend. — Abg. v. Patow: Sämmtliche Mitglieder der Einschätzungskommission sind der deutschen Sprache mächtig, und nicht die Regierung, sondern die Polen chikaniren, wenn sie auch hier die polnische Sprache in Anwendung gebracht wissen wollen. (Bravo!) — Abg. v. Vincke rügt die so niedrige Einschätzung zur Einkommensteuer in der Provinz Pommern. — Der Finanzminister giebt zu, daß nicht in allen Theilen der Monarchie nach den gesetzlichen Bestimmungen die Einkommensteuer veranlagt wird. Die Regierung strebe danach, diese Ungleichheiten zu beseitigen. — Abg. Graf Driolla bestätigt die Klagen des Abg. Harkort; in der Provinz Schlesien sei die Steuer auch zu hoch. — Abg. v. Ammon: Was von der Hinaufschraubung der Klassensteuer gilt, kann auch von der klassifizirten Einkommensteuer gesagt werden. Seit Einführung letzterer im Jahre 1852 bis 1859 ist in Köln letztere von 52,690 auf 79,051 Thlr. gestiegen und 1860 sind wieder mehrere 100 dazu herangezogen worden. Man verfährt bei uns mit großer Strenge. Möge man auf diesem Wege Halt machen. — Abg. v. Hoverbeck schließt sich den Klagen an; bei der Einkommensteuer aber sei doch Schutz bei der Bezirksregierung, derselbe fehlt bei der Klassensteuer, die die ärmeren Klassen treffe. — Abg. v. Bentkowski warnt vor Tendenzen. — Abg. Behrend (Danzig): Die Erhöhung von 66,000 Thlr. für die Klassensteuer hätte eher auf die klassifizirte Einkommensteuer übertragen werden können. — Abg. Braehmer konstatirt, daß in seiner Heimath die Klassensteuer über alle Maaßen hoch sei, in einem einzigen Jahre sei im Regierungsbezirk Gumbinnen die Klassensteuer um mehr als 90,000 Thlr. erhöht worden. — Abg. Burghardt meint, in Greifswald klage man nicht. — Abg. Waldeck konstatirt, daß auch in seinem Wahkbezirke Klagen laut geworden sind. — Abg. v. Vincke: Es sei die Opferfreudigkeit desjenigen Theils von Pommern, dem Herr Burghardt angehört, anzuerkennen; aber Greifswald sei nicht ganz Pommern. — Abg. v. Osterrath, um ein Wort der Vertheidigung für die Regierung auszusprechen. (Schluß folgt morgen.)

— Die Budgetkommission des Hauses der Abgeordneten hat über die Etats des Hauses selbst, des Staatsministeriums, des Staatssekretariats, des auswärtigen Ministeriums u. s. w. Bericht erstattet. Ref. ist der Abg. v. Bethmann-Hollweg (Bromberg). — Die Erwartung wegen des Baues eines neuen Parlamentshauses auszusprechen, hat die Kommission, bei voller Anerkennung des Bedürfnisses, abgelehnt, weil man von dem Grundsatze, Anträge auf Etatserhöhungen von der Komission aus, bis auf die allerdringendsten Fälle, am wenigsten in der eigenen Angelegenheit des Hauses abgehen will. Die Miethe für Benutzung eines Theils des Grundstücks in der Niederwallstraße (von woher der Zugang zu den großen Tribünen) wird nach Meinung der Kommission demnächst wegfallen können, da die Gründe, welche die Einrichtung veranlaßten, jetzt fortfallen und der Zugang anderweit beschafft werden kann. Der ganze Etat für das Haus der Abgeordneten pro 1861 ist auf 201,614 Thlr. angesetzt. Beim Etat des Staatsministeriums kommt der Staatsschatz zur Sprache, die Verwaltung desselben ist in Ordnung; der am Schlusse von 1859 vorhandene Bestand hat denjenigen des Vorjahres abermals nicht unbedeutend überschritten. Das Vorhandensein eines baaren Staatsschatzes erachtet die Regierung durch die politische und militärische Lage Preußens für geboten; ein zu hohes Anwachsen desselben und namentlich aus Veranlassung der Zuführung von Restbeständen aus Staatsanleihen ist um so weniger zu besorgen, als zu letzterer die Zustimmnng der Landesvertretung erforderlich ist. Der Dispositionsfond für allgemein politische Zwecke (31,000 Thlr.) hat zu Bemerkungen keinen Anlaß gegeben. — Beim Etat für die Archive ist die Frage der Errichtung eines Posener Provinzial-Archivs wieder zur Sprache gekommen; nach den Ermittelungen hat sich die Anschauung der Regierung bestätigt, daß der Bestand an Archivalien zu gering ist, um zur Zeit die Anstellung eines Archivars in Posen zu rechtfertigen. — Die wiederholte Annahme des Antrags, die Regierung aufzufordern, die Stelle des Staatssekretärs als ein Nebenamt mit einer Besoldung von 2000 Thlrn. mit einem andern Amte in einer Person zu vereinigen, wird von der Kommission empfohlen. — Beim Etat des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte ist die „Prinzipien- und Organisationsfrage" dieser Behörde angeregt und der Antrag gestellt: „Die Position 1 in die Kolonne künftig wegfallend zu setzen", jedoch mit Rücksicht darauf, daß die Regierung ihre Fürsorge diesem Gegenstande fortdauernd zuwendet, in eine nähere Erörterung nicht eingetreten, und der Antrag verworfen." — Beim Etat des auswärtigen Ministeriums ist die Ministerresidentur in Florenz mit 5000 Thlrn. in Wegfall gekommen. Im Ministerium ist eine neunte Rathsstelle kreirt; dieselbe ist bis 1849 etatsmäßig gewesen; seit jener Zeit ist aber die Arbeit, abgesehen von dem eigentlichen politischen Theil der Geschäfte, in der nicht politischen Abtheilung des Ministeriums erheblich gewachsen, die Zahl der Journalnummern hat sich von 16,000 auf circa 22—24,000 vermehrt, mit der Ausdehnung des Verkehrs und der Auswanderung namentlich nach Amerika wächst die Last der Vertretung von Interessen preußischer Unterthanen; bisher hat man sich mit Heranziehung außerordentlicher Hülfsarbeiter beholfen, da aber eine Verminderung der Arbeiten nicht in Aussicht steht, so erscheint es rationeller, die erforderliche Arbeitskraft als eine dauernde zu etatisiren. Die Gesandtschaften an den kleinen deutschen Höfen (Hannover, Kassel, Wiesbaden, Darmstadt, Karlsruhe) hat man in der Kommission durch Zusammenlegung zu vereinfachen angeregt. Seitens der Regierung ist auf die Nothwendigkeit der persönlichen Vertretung neben Oestreich und den anderen Großmächten, namentlich für Interessen des Zollvereins hingewiesen; darauf ist erwidert, „daß der Einfluß Preußens an jenen Höfen bisher nicht erkennbar gewesen und durch andere Mittel verfolgt werden müsse, dessen Förderung durch die Diplomatie übrigens auch bei Vereinigung der Posten nicht ausgeschlossen sei; den Zollverein betreffend, so sei es bekannt, daß die Verhandlungen darüber doch durch Spezialkommissarien geführt würden." Die Kommission beantragt mit großer Majorität, „die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung die Gesandtschaft in Kassel und die Ministerresidentur in Darmstadt aufheben und deren Funktionen anderen Gesandtschaften in Deutschland übertragen werde." Eine Herabsetzung des Gehalts des Bundestagsgesandten um 2000 Thlr. ist abgelehnt, „nachdem der Reg. Kommissar erklärt, daß die Regierung eher eine Erhöhung als eine Erniedrigung durch lokale und amtliche Verhältnisse gerechtfertigt halte." Beim Generalkonsulat in Kopenhagen ist der Antrag auf Erwartung der Aufhebung gegen den Widerspruch der Regierung angenommen. Für das Generalkonsulat in Madrid ist derselbe Antrag abgelehnt, „nachdem die Nützlichkeit desselben für den Handelsverkehr als eines Zentralorgans des ausgedehnten Konsularnetzes auf der pyrenäischen Halbinsel nachgewiesen nnd auf die betreffenden Auslassungen notabler Mitglieder des Handelsstandes im Hause der Abgg. Bezug genommen war." Von der dauernden Errichtung eines Generalkonsulats in Persien wird man wahrscheinlicher Weise Abstand nehmen und auf der persisch-türkischen Grenze im Interesse des Uebergangs zollvereinsländischer Waaren ein Konsulat errichten. — „Bei der gegenwärtigen politischen Lage Europa's ist es für erforderlich erachtet worden, den für geheime Ausgaben ausgeworfenen Fonds (60,000 Thaler) temporär um 10,000 Thlr. zu verstärken."

— [Petitionsbericht.] Die Petitionskommission des Abgeordnetenhauses hat ihren dritten Bericht erstattet. Folgende Petitionen sind von allgemeinerem Interesse: Der Direktor Amelung und eine große Zahl Mitunterzeichner in Stettin, geleitet von der Ueberzeugung, daß die preußische Regierung Preußen und Deutschland vor den großen Gefahren der nächsten Zukunft nur durch ein entschiedenes Brechen mit dem früheren Regierungssysteme, durch offenes Betreten des Weges durchgreifender Reformen und durch eine kühne, deutschnationale Politik sicher stellen können, bitten das Haus, seinen verfassungsmäßigen Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung dahin geltend zu machen, daß 1) die noch in Funktion stehenden Stützen des früheren Regierungssystems aus dem Staatsdienste endlich entfernt werden, 2) daß das Herrenhaus auf verfassungsmäßigem Wege außer Stand gesetzt werde, noch ferner jeden Akt der Gesetzgebung zu vereiteln, der den Ansichten und den Interessen einer privilegirten, verschwindend kleinen Minorität des Volkes widerstreitet, 3) daß das volksthümliche Institut der Landwehr nicht zur Unbedeutendheit oder zu einem Scheindasein herabgedrückt, sondern erhalten und weiter entwickelt, eine übermäßige, kostspielige und gefährliche Vermehrung des stehenden Heeres dagegen verhütet, die Dienstzeit der Mannschaften desselben auf das nothwendigste Maaß herabgesetzt und tüchtigen Unteroffizieren der Anspruch auf Beförderung zu Offizieren auch im Frieden gewährt werde. 4) daß der Erlaß einer Amnestie für politisch Verurtheilte bei Sr. königl. Hoheit dem Prinz-Regenten befürwortet werde, 5) daß die Regierung dem berechtigten Verlangen des preußischen, wie des gesammten deutschen Volkes nach Aufhebung des Bundestages, Einsetzung einer einheitlichen Zentralgewalt und Berufung eines deutschen Parlaments endlich Erfüllung verschaffe, und zwar durch jedes ihr zu Gebote stehendes Mittel. Dr. Heine und mehrere Bewohner von Bitterfeld weisen darauf hin. Es sei eine von der deutschen Nation im Interesse ihrer Existenz und Würde fast mit Einstimmigkeit geltend gemachte Forderung, daß die Zersplitterung Deutschlands durch Schaffung einer Zentralgewalt, in deren Hand die gesammte diplomatische und miliärische Gewalt Deutschlands gelegt werde, wie durch Einberufung einer deutschen Volksvertretung beseitigt werde; der Ruf der deutschen Nation nach Preußens Führerschaft sei ein ganz allgemeiner, wie dies schon die immer zunehmende Ausdehnung des Nationalvereins beweise. Die Nation habe ein Recht, diesen Anspruch an Preußen zu stellen, indem sie durch ihre Lage im Herzen von Europa, ihre angeborne Friedens- und Gerechtigkeitsliebe, Bildung, Fleiß und Geistesgaben, wie durch Volkszahl und körperliche Tüchtigkeit die mächtigste und geachtetste in Europa zu werden verdient. Preußens, als des Stärkeren, Ehre fordere es, die erbetene Hülfe nicht zu verweigern und nicht in Unthätigkeit das Auge nur den Lorbeern der Vergangenheit zuzuwenden. Die preußische Geschichte lehre, daß der Staat stets in der Befolgung der großen Ideen jederzeit den stärksten Rettungsanker gesucht und gefunden habe, das preußische Gewerbsleben und die Staatsfinanzen forderten es, daß nicht dem Lande durch ein übermäßig starkes Heer die besten Kräfte entzogen würden. Preußen habe aber nicht allein ein politisches Recht auf Uebertragung der Zentralgewalt, weil es schon jetzt der Schwertträger für den größten Theil Deutschlands sei, stets alle materiellen und geistigen Forlschritte der Nation gefördert habe, und das übrige Deutschland nicht verlangen könne, daß dies ohne entsprechende Gegenleistung geschehe, sondern auch ein historisches Recht dadurch, daß ihm 1849 die deutsche Kaiserkrone angetragen sei. Die Petenten beantragen daher: das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: es wird der Regierung dringend empfohlen, thunlichst bald direkte geeignete Schritte zu thun, um die Uebertragung der deutschen Zentralgewalt an die Krone Preußens einzuleiten, mögen nun diese Schritte in der Einberufung einer deutschen Nationalversammlung, oder in der Aufforderung an die übrigen deutschen Regierungen zum Abschluß von Verträgen oder in andern geeigneten Mitteln bestehen. — Auch im vorigen Jahre haben der Petitionskommission sechs Petitionen vorgelegen, welche die Reform der deutschen Bundesverfassung durch Bildung einer Zentralgewalt in Preußens Händen zum Gegenstande hatten, wegen Schlusses der Session jedoch nicht zur Berathung in pleno gelangt sind. Die Kommission schlug damals dem Hause vor, zu erklären: daß allein eine größere Konzentrirung der miliärischen Gewalt und diplomatischen Aktion Deutschlands in den Händen Preußens und eine Vertretung der deutschen Nation in einem deutschen Parlamente Deutschland die ihm gebührende Stellung zu geben vermag, daß aber die Erreichung dieses Zieles eine Frage der Zeit und der Macht ist, und durch diese Erklärung die Petitionen für erledigt zu erachten. In allen diesen Petitionen erkennt die Kommission einen Ausdruck der in ganz Deutschland immer tiefer wurzelnden Ueberzeugung, daß Deutschland berufen sei, unter den Staaten Europa's die Stellung einer Großmacht wiederzugewinnen, welche es in der That nicht innehat; daß das lose Band, welches die Einzelstaaten im deutschen Bunde vereint, eine solche Stellung unmöglich macht, und daß daher die Umwandlung des bestehenden Staatenbundes in einen Bundesstaat mit einheitlicher Leitung eine Nothwendigkeit sei. Von dem Momente der Stiftung des deutschen Bundes an ist seine gründliche Reform der einzige Gesichtspunkt patriotischer Beurtheilung gewesen. Ist es auch zeitweise möglich gewesen, Kundgebungen in diesem Sinne tendenziös niederzuhalten, die zum Grunde liegende Ueberzeugung ist dadurch nicht erschüttert, sie hat sich nur noch mehr befestigt, seit die bestehenden Institutionen im Begriffe gewesen, ihre Probe zu bestehen, und die Lage Europa's die Besorgniß näher gerückt, sie würden dieselbe nicht bestehen. Und doch kann es im Interesse Deutschlands nicht beklagt werden, daß nach Abwerfung der französischen Herrschaft die deutschen Staaten zu einem so unorganischen Verbande zusammengefügt wurden, zu einem Verbande, welcher der selbständigen Entwicklung der einzelnen Staaten freien Spielraum ließ, welcher diesen Staaten die Möglichkeit gewährte, ihre Lebenskraft, welcher sie der Nothwendigkeit preisgab, ihre Schwäche zu offenbaren. Wäre schon damals ein politisch geeinigtes Deutschland geschaffen, es hätte schwerlich ausbleiben können, daß Oestreich, dem die Ueberlieferung zur Seite stand, den Mittelpunkt gebildet hätte. Welche Konsequenzen dies für die Entwicklung deutschen Lebens, für die Machtstellung Deutschlands mit sich gebracht hätte, darüber möchte nach den Erfahrungen aus den Zeiten des deutschen Reiches und der letzten Jahrzehnte kaum Unklarheit herrschen. Es hat sich die völlige Unmöglichkeit herausgestellt, daß in die Hände Oestreichs die Geschicke Deutschlands gelegt würden. Seitdem wenden sich auch die Augen derer, die bisher in anderen Anschauungen befangen waren, Preußen zu, und verschließen sich nicht mehr der Erkenntniß, daß nur ein Staat, der seinen Schwerpunkt in Deutschland hat, der Aufgabe gewachsen sein kann, der Mittelpunkt deutscher Kraftentwicklung zu sein. Die ungebrochene Kraft, die geordneten Finanzen und das in freier Entwicklung begriffene Verfassungsleben des preußischen Staates machen denselben zum Gegenstande der Hoffnung aller deutschen Patrioten. Und so ist der Gedanke, daß sich nur in einem Bundesstaate mit preußischer Spitze, und selbstverständlich mit einer Vertretung des deutschen Volkes, der Wunsch der deutschen Nation nach größerer Einigung verwirklichen lasse, der herrschende geworden, dessen Kundgebung sich vorzugsweise nur diejenigen ernstlich widersetzen, welche die Hülfsquellen Deutschlands den Sonderinteressen Oestreichs dienstbar erhalten möchten. Dieser Gedanke ist es denn auch, welcher in dem betreffenden Passus der Adresse seinen Ausdruck gefunden hat. Die Kommission glaubt jedoch, daß der gegenwärtige Zeitpunkt nicht der geeignete ist, die Regierung um direkte Realisirung dieser Wünsche anzugehen, daß vielmehr das Interesse, ja die Existenz Preußens sowohl wie der übrigen deutschen Staaten endlich eine Lösung in diesem Sinne herbeiführen wird, über welche zur Zeit ein Einverständniß unter den Regierungen nicht zu erreichen ist. Sie schlägt daher dem Hause vor: den Antrag 5 der Stettiner Petition, sowie die Petition des Dr. Heine und Genossen durch diesen Passus der Adresse für erledigt zu erklären. Bis zur Erreichung des erstrebten Zieles wird sich das deutsche Volk der Zuversicht, daß Preußen die übernommene Aufgabe, überall für den Schutz deutscher Interessen einzutreten, erfüllen werde, und der Hoffnung hingeben können, daß es sich dieser Aufgabe durch konsequente Entwicklung seiner Verfassungsgrundsätze in der Gesetzgebung und Verwaltung gewachsen erhalten werde. Was die Verwaltung betrifft, so hat sich ebenfalls das Haus in der Adresse vertrauensvoll ausgesprochen. Die Kommission beantragt: durch diesen Passus der Adresse den Antrag 1 der Stettiner Petition für erledigt zu erklären. Wenn aber, was die Gesetzgebung betrifft, die Petenten in dem Antrage unter Nr. 2 das Herrenhaus auf verfassungsmäßigem Wege außer Stand gesetzt wissen wollen, jeden Akt der Gesetzgebung zu vereiteln, der den Ansichten und Interessen einer privilegirten Minorität des Volkes widerstreitet, so verhehle sich zwar die Kommission nicht, daß es gewiß in dem Wunsche des Hauses, wie des von demselben vertretenen Landes liegen muß, die Grundsätze, welche es in seiner bisherigen gesetzgeberischen Thätigkeit kundgegeben hat, auch in der Gesetzgebung verwirklicht zu sehen, und daß das Hinderniß solcher Verwirklichung, der Grund des so bedauerlichen Stillstandes der Gesetzgebung in den abweichenden Anschauungen des anderen Faktors der Gesetzgebung liegt. Sie glaube aber dem Hause nicht vorschlagen zu dürfen, sich mit seinen desfallsigen Wünschen an die königl. Staatsregierung zu wenden, ohne zugleich bestimmte verfassungsmäßige Vorschläge zu machen, und könne aus der vorliegenden Petition kein Material für solche Vorschläge entnehmen. Da endlich der Antrag unter Nr. 4 durch den Amnestieerlaß vom 12. Januar d. J. gegenstandlos geworden ist, so beantragt die Kommission über die Anträge 2 und 4 der Stettiner Petition zur Tagesordnung überzugehen. Den Antrag 3 (Heeresverfassung) hat die Petitionskommission als zur Kompetenz der XII. Kommission gehörig an diese, Behufs Erledigung, abgegeben.

— Im Hause der Abgeordneten ist von dem Abg. v. Lyskowski und Genossen der Antrag eingebracht worden, die Staatsregierung aufzufordern, bei den künftig vorzunehmenden Wahlen zum Hause der Abgeordneten Vorkehrungen dahin zu treffen, daß Seitens der Administrativ-Behörden die Bildung von künstlichen, kein zusammenhängendes Ganze darstellenden Urwahlbezirken vermieden werde. Motive. Bei Feststellung der Wahlbezirke durch das Gesetz vom 27. Juni v. J. ist deren Ungetheiltheit und Geschlossenheit durchweg als selbstverständlicher Grundsatz angenommen worden. Die Eintheilung der ländlichen Urwahlbezirke ist gemäß §. 5 der Verordnung vom 30. Mai 1849 noch immer dem lediglichen Ermessen der Administrativbehörden anheimgestellt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß jener Grundsatz auch auf diese in Anwendung gebracht werden muß, falls den Urwählern der Wahlakt nicht beschwert und unberechtigter Einfluß überhaupt fern gehalten werden soll. Daß dem nicht so ist, daß, insbesondere auf dem Lande, künstliche, kein zusammenhängendes Ganze darstellende Urwahlbezirke vorkommen, darüber wird vielfach Klage erhoben. Eine vom Antragsteller im Büreau des Hauses der Abg. niedergelegte Karte des Kreises Strasburg weist solche Urwahlbezirke, den letzten Wahlen entnommen, beispielsweise nach. Der Antrag erscheint darnach im Interesse der Wahlfreiheit hinreichend motivirt.

Militärzeitung.

Amerika. [Die freiwilligen Milizkompagnien.] Da das Verfahren bei Bildung der freiwilligen Milizkompagnien, der Hauptstreitkraft der amerikanischen Union oder nunmehr schon nicht mehr Union, der Hauptsache nach in Europa so gut wie unbekannt ist, möchten einige zuverlässige Angaben hierüber vielleicht im gegenwärtigen Augenblicke von um so erhöhterem Interesse erscheinen, als alles Nachgeben der nördlichen Staaten auf die Stimmung im Süden der großen amerikanischen Republik nur die Ansprüche der Sklavenhalter noch zu steigern scheint, und ein blutiger Konflikt zwischen diesen und jenen Staaten schließlich doch kaum mehr vermieden werden möchte.

Bei statthabenden Kriegsaussichten wird denn von der Regierung jedes einzelnen Staats nach freiem Ermessen die Zahl der freiwilligen Truppenkörper bestimmt, welche aus der Bevölkerung desselben aufgebracht werden sollen, und die Vertheilung dieser Truppengestellung festgestellt. Die Kosten hierfür übernimmt der einzelne Staat, während den sich bildenden Kompagnien in der Beschaffung der Uniform und Ausrüstungsgegenstände jedoch ziemlich freie Hand gelassen wird, indem nämlich hierfür nur eine Pauschsumme Geld an den einzelnen Mann gezahlt wird und für eine gleichartige Uniformirung nur allgemeine Grundsätze eingehalten werden müssen. Einmal in Dienst getreten und nach abgelegtem Schwur übernimmt dagegen die Soldzahlung und den Unterhalt der Truppen die gesammte Union, wofür indeß das Kriegsgesetz zugleich mit in Kraft tritt und die freiwilligen Kompagnien und Regimenter nunmehr vor den regulären amerikanischen Truppen keinen Vorzug mehr besitzen.

Das Verfahren bei Aufbringung dieser Kompagnien ist dabei das der freien Werbung mit 50 Dollars Ausrüstungsbewilligung per Kopf, wovon jedoch nur 21 Dollars dem Manne als Vorschußgeld gleich auf die Hand bezahlt werden. Der Rest wird für die Beschaffung der Waffen, Uniform und Ausrüstung zurückbehalten, doch bestimmt die Mannschaft selber, ob sie außer der einen Kompagnie- noch eine besondere Paradeuniform sich beschaffen will. In ganz ähnlicher Weise erfolgt auch die Einigung zwischen den verschiedenen Kompagnien, welche zusammen ein Regiment zu bilden bestimmt sind, über die Farbe, Abzeichen und den Schnitt der Uniform, wobei sich die Regierung des einzelnen Staats nur das endgültige Bestimmungs- und Entscheidungsrecht vorbehält; der Name des neuen Truppentheils, gewöhnlich nach dem Ort seiner Aushebung, wird dagegen ausschließlich von der Staaten-Regierung gegeben.

Unmittelbar nach Eintreffen der Ordre zur Aufstellung einer freiwilligen Kompagnie an dem Ort, wo diese gebildet werden soll, tritt die stehende Miliz daselbst zusammen, und wählt provisorisch aus ihrer Mitte den Hauptmann, Lieutenant, Fähnrich, wie sämmtliche Unterchargen aus denjenigen Mannschaften, welche sich schon früher zum Freiwilligendienst haben einzeichnen lassen. Von diesem provisorischen Stabe wird nunmehr die freie Werbung in die Hand genommen, wobei die Angehörigkeit zur stehenden Miliz durchaus keine Bedingung ist, sondern Jeder angenommen wird, der sich überhaupt zum Dienst meldet und bei der ärztlichen, übrigens sehr oberflächlichen Untersuchung hierzu tauglich gefunden wird. Gleich nach diesem Vorgang werden die 21 Dollars Handgeld bezahlt.

Der ausrückende Stand einer solchen Kompagnie besteht aus den schon genannten 3 Offizieren, 1 Coloursergeant (Feldwebel), 4 Sergeanten, 4 Korporälen, 2 Spielleuten und 82 Gemeinen, also zusammen 96 Köpfen. Zehn solcher Kompagnien bilden nach dem englischen Vorbilde gewöhnlich ein Regiment. Unmittelbar nach erreichter Vollzähligkeit erfolgt die Verlegung der betreffenden Kompagnien nach einem entfernteren Zentralpunkt, von wo das so gesammelte Regiment, unmittelbar nach stattgehabter Uniformirung und Ausrüstung, noch weiter abrückt und der Regel nach in ein Lager verlegt wird. Danach werden, nunmehr bereits im Namen der Union, die Waffen ausgegeben und zugleich findet die definitive Wahl der Offiziere und Unterchargen, wie daran anschließend Seitens der sämmtlichen definitiven Offiziere die Wahl des Regimentskommandeurs und Regimentsstabes statt. Den Schluß dieses Vorganges bildet die Vereidigung, wonach endlich das regelmäßige Exerzitium seinen Anfang nimmt.

Der Sold von jetzt ab beträgt per Kopf auf den Monat 7 Dollars (etwa 10½ Rthlr.) und außerdem noch 3½ Dollars Kleidergeld, welche letzteren jedoch für die Erstattung der Ausrüstungskosten einbehalten werden. Die daneben gewährte Verpflegung ist wohl die beste, welche irgend eine Armee erhalten mag und besteht täglich per Kopf in 18 Unzen (1 Pfund 6 Loth) Weißbrod, 12 Unzen (24 Loth) Schinken oder 20 Unzen (1 Pfund 10 Loth) frischem Fleisch, dazu per Kompagnie, also auf 96 Mann, im Ganzen 6 Pfund Kaffee, 12 Pfund Zucker, 10 Pfund Reis, 6 Quart weiße Bohnen und 4 Quart Syrup. Monatlich werden außerdem noch für die Kompagnie gutgethan: 8 Klafter Brennholz, 50 Pfund Kochsalz, 20 Pfund Seife und 15 Pfund Lichte. Der Sold wird übrigens nur alle zwei Monate ausgezahlt, so daß dann also der Mann 14 Dollars (über 20 Thaler) auf einmal ausgezahlt erhält.

Die Uniform besteht in Waffenrock, Hose und Käppi, die ersten beiden Stücke gewöhnlich von blauem Tuch mit verschiedenfarbigen Kragen und Abzeichen, dazu noch Jacke und Hose von grauer ungebleichter Leinwand nebst 2 Hemden, 2 Paar Socken und 2 Paar Schuhen. Die Ausrüstung und Bewaffnung umfaßt: 1 Flinte (Büchse für die Jäger- und Schützenkompagnien), 1 Bayonnett in der Scheide, 1 Patrontasche am Leibriem, 1 Tornister von wasserdichter grauer Leinwand, 1 ebensolchen Brotbeutel und 1 Feldflasche von Gummi (außerordentlich zweckmäßig), wie für den Dienst in den südlichen Staaten ein Muskitonetz. Ein Mantel und eine wollene Decke zum Unterbreiten auf der Erde vervollständigen diese Ausrüstung. Außerdem besitzt jede Kompagnie: 17 Lagerzelte, dabei 2 für die Offiziere, 4 Spaten, 8 Aexte, 15 Beile, 15 Feldkessel von Kupfer und 31 Komposition-Eßschüsseln, welche Gegenstände auf 2 Wagen fortgeschafft werden.

Der Dienst ist zwar streng aber nicht besonders anstrengend. Um 5 Uhr im Sommer, um 6 im Winter Reveille, danach von 7 bis 9 Exerziren in der Kompagnie, von 9 bis 10, spätestens 11 im Regiment. Nachmittags findet nur bei schleuniger Einübung ein Exerzitium statt. Um 5 Nachmittags folgt dann die Untersuchung und das Nachsehen der Waffen und Ausrüstungsstücke oder die sogenannte Dreßparade, um 9 Uhr Abends die Retraite, wonach kein Gemeiner mehr das Lager oder die Garnison verlassen darf.

Die Anwerbung gilt für den ganzen statthabenden Krieg, wofern derselbe fünf Jahre nicht übersteigt. Unmittelbar mit geschlossenem Frieden erfolgt die Auflösung dieser sämmtlichen freiwilligen Truppen. —p.

Lokales und Provinzielles.

R Posen, 28. Febr. [Die Sprachenfrage.] Der „N. Pr. Z." schreibt man aus der Provinz Posen: „Die Regierung scheint von der Absicht, die Anwendung der polnischen Sprache im amtlichen Verkehr durch ein Gesetz zu regeln, zurückgekommen zu sein. Dennoch würde eine solche Regelung sehr wünschenswerth sein; nicht weil es an Bestimmungen fehlt, aber weil diese jetzt vielfach unbeachtet bleiben. In der Erwartung einer Umformung der jetzt in vielen Erlassen zerstreuten Vorschriften haben die Behörden auf einer strikten Befolgung nicht immer bestanden. Dadurch ist aber die Ungewißheit im Publikum über das, was Rechtens ist, sehr vermehrt worden, während die schwankende Haltung der Behörden den Agitatoren erwünschte Gelegenheit giebt, ihre Maulwurfsarbeit zu fördern, Ansehen und Achtung der Regierung zu untergraben und die Begriffe der urtheilslosen Menge zu verwir-

ren. Die polnische Zeitungspresse unterstützt sie dabei nach Kräften und streut, von dem Preßgesetz und dessen Wächtern wenig behindert, eine höchst gefährliche Saat aus. Möge man dies nicht zu leicht nehmen und sich nicht wieder von denen täuschen und in bequeme Ruhe einwiegen lassen, die über jene Wühlereien leichtfertig urtheilen. Diese Leute sind entweder selbst getäuscht oder sie sind die Helfershelfer derer, die auf den Umsturz von Verfassung und Recht im Osten unseres Vaterlandes hinarbeiten." — Uns ist von der Absicht der Regierung, das mehrfach besprochene Gesetz zur Regelung der Sprachenfrage nicht zu beantragen, hier nichts bekannt geworden. Soviel wir wissen, ist ein definitiver Beschluß in Betreff der Fassung des Entwurfs allerdings noch nicht getroffen.

Posen, 28. Febr. [Die Preise der vier Hauptgetreidearten und der Kartoffeln] in den für die preußische Monarchie bedeutendsten Marktstädten im Monat Januar 1861 werden nach einem monatlichen Durchschnitte in preuß. Sgr. und Scheffeln vom statistischen Büreau für folgende Städte der Provinz Posen nachstehend angegeben:

Namen der Städte.	Weizen.	Roggen.	Gerste.	Hafer.	Kartoffeln.
1) Posen	83 4/12	53 3/12	49 6/12	26 9/12	18 4/12
2) Bromberg	83 7/12	52 7/12	38 5/12	23 6/12	20 5/12
3) Krotoschin	80	57 6/12	47 6/12	30 6/12	20
4) Fraustadt	87 5/12	57 3/12	49 2/12	26 11/12	19
5) Gnesen	87 6/12	53 3/12	47	27 9/12	18 9/12
6) Rawicz	89 8/12	61 1/12	51 1/12	30 9/12	21 1/12
7) Lissa	85	58 9/12	51 3/12	30 11/12	19
8) Kempen	80 9/12	54 6/12	44 7/12	26 6/12	22 5/12

Namen der Städte.	Weizen.	Roggen.	Gerste.	Hafer.	Kartoffeln.
Durchschnittspreise der 13 preußischen Städte	86 4/12	49 6/12	40 10/12	25	24 2/12
" 8 posenschen "	84 8/12	56	47 4/12	27 11/12	19 10/12
" 4 brandenb. "	91 9/12	57 4/12	51 4/12	31 3/12	19 1/12
" 5 pommersch. "	94 8/12	57 1/12	46 11/12	29 8/12	23 9/12
" 13 schlesischen "	84 1/12	59 8/12	49 1/12	28 11/12	24 6/12
" 8 sächsischen "	88 9/12	61 2/12	51 11/12	31 6/12	21 2/12
" 13 westfäl. "	95 2/12	63 5/12	58 3/12	33 8/12	34 1/12
" 15 rheinisch. "	101 4/12	69 10/12	58 10/12	33 11/12	38 8/12

Fraustadt, 27. Febr. [Stadthaushaltsetat ꝛc.] Der für 1861 veröffentlichte Haushaltsetat hiesiger Stadt schließt mit 17,400 Thlrn. Einnahme und Ausgabe ab. Die ersteren haben folgende Quellen: Grundverpachtungen 1049 Thlr., Gebäude und Berechtigungen 351 Thlr., vom Kapitalvermögen 4202 Thlr. Zinsen, Mahl- und Schlachtsteuer-Drittel inkl. 23 1/3 Prozent Zuschlag 4800 Thlr., direkte Beiträge, als Einkommensteuer 900 Thlr. und als Schulunterhaltungsquote 4628 Thlr., ferner aus der Realschulkasse 800 Thlr., Einzugs- und Bürgerrechtsgelder ꝛc. 615 Thl. ꝛc. Davon werden bestritten die Verwaltungskosten mit 3658 Thlrn, Zinsen für Passiva 661 Thlr., Provinzial- und Staatsabgaben 700 Thlr., Armenausgaben 2067 Thlr., Zuschuß an die Real- und höhere Töchterschule 2864 Thlr., zur Schuldentilgung 1200 Thlr., an die Ortschulen 4628 Thlr., für Beleuchtung, Bauten ꝛc. circa 1600 Thlr. Die finanziellen Verhältnisse unserer Stadt sind also mit Berücksichtigung der gewiß sehr geringen direkten Beiträge von nur 5500 Thlrn. sehr günstig und beruhen hauptsächlich in dem vor wenigen Jahren bewerkstelligten Verkaufe der Kämmereigüter Ober- und Nieder-Pritschen. Es hatten diese Besitzungen durchschnittlich nicht einmal das eingebracht, was gegenwärtig die der Stadt verbliebenen, circa 400 Morgen betragenden, parzellenweise verpachteten Grundstücke abwerfen, während zur Zeit das erschwungene Kapital dafür stabil 4202 Thlr. gewährt. Dergleichen günstige wirthschaftliche Lokalzustände sind wohl selten und deshalb mit Recht ein plausibler Grund, unseren Ort insbesondere Pensionären als Wohnort anzuempfehlen. An der Eisenbahn belegen, mit einer Realschule erster Ordnung versehen, gesund und ziemlich anmuthig gelegen, mit zahlreichen komfortablen und billigen Wohnungen versehen, vereint es Annehmlichkeiten und Vortheile wie nur wenige Orte. Wie wir vernehmen, wird sich auch künftig der Generalmajor v. Sommerfeld hierher zurückziehen.

Telegramm.

Beim Schluß der Zeitung geht uns noch folgendes Telegramm zu:

Wien, Donnerstag 28. Februar. Die heutige Nummer des „Wanderer" bringt ein Telegramm aus Pesth vom gestrigen Tage, wonach die Nachricht über die Veröffentlichung des Staatsgrundgesetzes (s. gestr. Ztg.) dort eine ungeheure Aufregung hervorgerufen habe. Man versicherte, falls die Deputirten zusammenkämen, würden sie einstimmig gegen das Verfassungswerk protestiren. Alle Parteien sind für den Augenblick geeinigt in dem Entschlusse, sich durchaus passiv zu verhalten.

(Eingeg. 28. Febr. 1 Uhr 35 Minuten Nachmittags.)

Angekommene Fremde.

Vom 28. Februar.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Gutsbesitzer v. Saenger aus Polajewo, Kantor Wulff aus Danzig, die Kaufleute Wulff aus Insterburg, Keddig aus Stettin, Jungmann aus Halle, Stern aus Frankfurt a. M. und Ollendorff aus Danzig.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer einzigen Tochter **Ida** mit dem praktischen Arzte Hrn. **Dr. Heinrich Fränkel** von hier, zeigen Verwandten und Freunden statt jeder besonderen Meldung ganz ergebenst an

Posen, den 28. Februar 1861.

H. S. Jaffé nebst Frau.

Ida Jaffé,
Dr. med. Heinrich Fränkel,
Verlobte.

Gestern Vormittag 11½ Uhr starb unsere innig geliebte Tochter **Emma** im Alter von 11 Monaten an Lungenentzündung. Mit der Bitte um stille Theilnahme zeigt dieses allen Freunden und Bekannten ergebenst an

C. W. Kohlschütter.

Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag 4 Uhr statt.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 28. Febr. 1861.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	—	87	—
" 4 " Staats-Anleihe	—	—	—
" 4½ " "	—	100¾	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	105¼	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	117	—	—
Posener 4% Pfandbriefe	—	100¾	—
" 3½ "	—	94	—
" 4 " neue "	—	—	89¾
Schles. 3½% Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ "	—	—	—
Poln. 4 "	86½	—	—
Posener Rentenbriefe	—	92	—
" 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	90¾	—
" 5 " Prov. Obligat.	—	98	—
" Provinzial-Bankaktien	82½	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
" Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	87¼	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen gedrückt, Regulirungspreis 42$\frac{1}{12}$ Rt., pr. März 42 Br. u. Gd., Frühjahr 42⅛—¼ bez., Mai-Juni 43¼ bz.

Spiritus neuerdings weichend, gekündigt 36,000 Quart, Regulirungspreis 19¾ Rt., mit Faß pr. Febr. 19⅞ - ¾ bz., März 19⅞—$\frac{19}{24}$—¾ bz., April-Mai 20⅛ - $\frac{1}{12}$ bz.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 27. Febr. Vorm. 8 Uhr 11 Fuß 9 Zoll.
" 28. " " " 11 " 5 "

Produkten-Börse.

Berlin, 27. Febr. Wind: S.-S.-W. Barometer: 28³½. Thermometer: 6° +. Witterung: feuchte Luft.

Weizen loko 70 a 82 Rt.

Roggen loko 47½ a 48 Rt., p. Febr. 47¼ a 46¾ a 47½ a 47¼ Rt. bz., Br. und Gd., p. Febr.-März 47¼ a 46⅞ a 46¾ Rt., p. Frühjahr 46⅞ a 46⅝ a 46¾ Rt. bz. und Br., 46⅝ Gd., p. Mai-Juni 47 a 46½ a 46¾ Rt. bz. und Gd., 47 Br., p. Juni-Juli 47¼ a 47 a 47¼ Rt. bz. und Br., 47⅛ Gd.

Große Gerste 42 a 48 Rt.

Hafer loko 25 a 28 Rt., p. Febr. und Febr.-März 25⅞ Rt. bz., p. März-April und Frühjahr 25⅝ Rt. bez., Br. und Gd., p. Mai-Juni 25¾ Rt. bz. und Gd., p. Juni-Juli 26½ a 26¾ Rt. bz.

Rüböl loko 11¼ a 11$\frac{7}{24}$ Rt. bz., p. Febr. 11¼ a 11$\frac{7}{24}$ Rt. bz. u. Br., 11¼ Gd., p. Febr.-März 11¼ a 11$\frac{7}{24}$ Rt. bz. u. Br., 11¼ Gd., p. März-April 11¼ a 11$\frac{7}{24}$ Rt. bz. u. Br., 11¼ Gd., p. April-Mai 11⅓ a 11$\frac{7}{24}$ Rt. bz. u. Br., 11⅓ Gd., p. Mai-Juni 11⅜ a 11⅓ Rt. bz. u. Gd., 11⅜ Br., p. Sept.-Okt. 11¾ a 11⅝ Rt. bz. u. Gd., 11¾ Br.

Spiritus loko ohne Faß 20$\frac{11}{24}$ a 20½ Rt. bz., mit Faß p. Febr. 20⅛ a 20$\frac{5}{12}$ a 20⅜ Rt. bz. u. Gd., 20$\frac{5}{12}$ Br., p. Febr.-März 20⅛ a 20$\frac{5}{12}$ a 20⅜ Rt. bz. u. Gd., 20$\frac{5}{12}$ Br., p. März-April 20⅜ a 20½ a 20$\frac{5}{12}$ Rt. bz. u. Gd., 20½ Br., p. April-Mai 20$\frac{7}{12}$ a 20½ a 20⅝ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 20$\frac{17}{24}$ a 20⅝ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juni-Juli 21 a 21⅛ Rt. bz., p. Juli-Aug. 21¼ a 21⅜ Rt. bz.

Weizenmehl 0. 5⅓ a 5¾, 0. u. 1. 4$\frac{11}{12}$ a 5⅓ Rt.
Roggenmehl 0. 3⅓ a 3$\frac{11}{12}$, 0. u. 1. 3⅓ a 3⅓ Rt.

(B. u. H. Z.)

Stettin, 27. Febr. Wetter: trübe u. feucht. Temperatur + 5° R. Wind SO.

Weizen loko p. 85pfd. gelber 76 - 83 Rt. bz., p. Frühjahr 85pfd. 85 Rt. bez. und Gd., 83/85pfd. 81½ Rt. Br., 81¼ Rt. Gd.

Roggen loko p. 77pfd. 44 Rt. bez., feuchter etwas niedriger verkauft, 77pfd. p. Febr.-März 45 Rt. Br., p. Frühj. 45½ Rt. Br. u. Gd., p. Mai-Juni 45¾ Rt. Gd., p. Juni-Juli 46 Rt. Geld.

Gerste und Hafer ohne Handel.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
76—83.	38—44.	35—40.	23—26.

Erbsen 44—48.

Kartoffeln 17—20 Sgr.

Heu 15—20 Sgr.

Stroh 6 Rt.

Rüböl loko 11¼ Rt. Br., p. Febr.-März und p. März-April do., p. April-Mai gestern noch 11⅛ bz., 11¼ Rt. Br., p. Sept.-Okt. 11⅜ Rt. Br.

Spiritus loko ohne Faß 20⅓, $\frac{7}{24}$ Rt. bz., p. Febr.-März 20$\frac{5}{12}$ Rt. bz., p. März-April 20½ Rt. bz. und Br., p. Frühjahr 20$\frac{7}{12}$ Rt. bz. u. Gd., p. Mai-Juni 20⅞ Rt. Gd., p. Juni-Juli 21¼ Rt. Gd. (Ostſ. Ztg.)

Breslau, 27. Febr. Wetter: Frühlingsmäßig, früh + 5°.

Weißer Weizen 80—85—90—94 Sgr., gelber 80—85—88—92 Sgr.

Roggen, 60—61—63 Sgr.

Gerste, gelbe 44—50 Sgr., weiße 53—57 Sgr.

Hafer, 29—30—33 Sgr.

Erbsen, 55—60—65 Sgr.

Oelsaaten. Winterraps 95 — 99 — 102 Sgr. Sommerrübsen 70—75—80 Sgr.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80% Tralles) 20⅓ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Febr. u. Febr.-März 47 bz., März-April 47¼ Br., April-Mai 47¾—47½ bz. u. Gd., Mai-Juni 48⅓ bz.

Rüböl loko p. Febr., Febr.-März u. März-April 11¼ Br., April-Mai 11¼ bz. u. Br., Mai-Juni 11⅓ Br., Sept.-Okt. 11¾ Br.

Spiritus loko 20$\frac{5}{12}$ Gd., p. Febr. u. Febr.-März 20⅓ bz., März-April 20⅓ Gd., April-Mai 20⅓ bz. u. Gd., Mai-Juni 20¾ bz. u. Br. (Br. Hdlsbl.)

Wollbericht.

Pesth, 25. Febr. [Schafwolle.] In dieser Woche war das Geschäft wenig belebt, es wurde bloß eine Partie feine fehlerfreie Einschur à 170 Fl. ca. 190 Ztr. für das Inland aus dem Platze genommen; kontrahirt wurde die v. Blaskovics'sche Wolle ca. 350 Ztr. à 175 Fl. für französische, und die Baron Gabor Pronay'sche Wolle ca. 150 Ztr. à 173 Fl. für Rechnung eines hiesigen Hauses.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 27. Febr. 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	74¾ G
Aachen-Mastricht	4	19-18⅞ bz
Amsterd. Rotterd.	4	78½ G
Berg. Märk. Lt. A.	4	84¾ bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	112½ B
Berlin-Hamburg	4	110 bz
Berl. Potsd. Magd.	4	139 bz
Berlin-Stettin	4	108⅛ bz
Bresl. Schw. Freib.	4	89½-90⅛-90 bz
Brieg-Neiße	4	51¾ G
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	135 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	36½ bz
do. Stamm-Pr.	4½	— —
do. do.	4	80½ B
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	129½ G
Magdeb. Halberst.	4	194½ G
Magdeb. Wittenb.	4	33½ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	99 bz u G
Mecklenburger	4	46½-46⅜ bz
Münster-Hammer	4	93 G
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	95 G
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	44¾-½ bz u G
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	124 bz
do. Litt. B.	3½	111½ B
Oest. Franz. Staat.	5	129-28½ bz
Oppeln-Tarnowitz	4	33½ bz
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	53¾ bz
Rheinische,	4	82 bz
do. Stamm-Pr.	4	92 B
Rhein-Nahebahn	4	25⅜ bz
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Stargard-Posen	3½	83½ B
Thüringer	4	103¾ B

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	115 G
Berl. Handels-Ges.	4	80½ G
Braunschw. Bk. A.	4	66¼ B
Bremer do.	4	99 B
Coburg. Kredit-do.	4	42 B
Danzig. Priv. Bk.	4	89 B
Darmstädter abgst.	4	72⅜ bz
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	95½ G
Dessauer Kredit-do.	4	13½ bz u G
Dessauer Landesbk.	4	17¾ G
Disk. Comm. Anth.	4	81½-⅞ bz u G
Genfer Kred. Bk. A.	4	21¾ bz
Geraer do.	4	70 bz
Gothaer Priv. do.	4	70 B
Hannoversche do.	4	90⅛ G
Königsb. Priv. do.	4	83 G
Leipzig. Kredit-do.	4	62 B
Luxemburger do.	4	80 B
Magdeb. Priv. do.	4	78½ G
Meining. Kred. do.	4	67¾ G
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	85½ G
Oestr. Kredit- do.	5	58¼-57 bz u G
Pomm. Ritt. do.	4	70 G
Posener Prov. Bank	4	82 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	128½ B
Rostocker Bank Akt.	4	103¾ G
Schles. Bank Verein	4	79 Kl bz
Thüring. Bank-Akt.	4	52 G
Vereinsbank, Hamb.	4	100 B
Waaren-Kred. Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	74 B

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	93¾ bz
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	62½ G
Hörder Hüttenv. Ak.	5	69 G
Minerva, Bergw. A.	5	20½ B
Neustädt. Hüttenv. A	5	3 G p. St.
Concordia	4	102½ G [fco. Zins.
Magdeb. Feuerverf. A	4	403 G

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	82½ G
do. II. Em.	4	81¾ B
do. III. Em.	4½	85¾ B
Aachen-Mastricht	4½	61 u. 62 bz
do. II. Em.	5	55¾-56 bz
Bergisch-Märkische	5	102⅛ G
do. II. Ser.	5	102½ G IV. 99½ B
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	76⅛ B
do. Düsseld. Elberf.	4	84¾ G
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	84 G
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	97¼ bz
do.	4½	101 bz
Berlin-Hamburg	4½	103½ G
do. II. Em.	4½	102¼ G
Berl. Pots. Mg. A.	4	94½ bz B. 95¼ G
do. Litt. C.	4½	100½ bz
do. Litt. D.	4½	100 bz
Berlin-Stettin	4½	101 B
do. II. Em.	4	88 bz
do. III. Em.	4	87¾ bz
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	101¾ bz
do. II. Em.	5	104 bz
Cöln-Minden	4	87½ G
do. III. Em.	4	84¾ G
do.	4½	93 bz
do. IV. Em.	4	83 B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	85 G
Magdeb. Wittenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	94½ G
do. conv.	4	93¾ bz
do. conv. III. Ser.	4	90 bz
do. IV. Ser.	5	103¾ bz
Nordb., Fried. Wilh	4½	100½ G
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	80½ bz, C. —
do. Litt. D.	4	88¼ bz
do. Litt. E.	3½	76½ bz
do. Litt. F.	4½	95 B
Oestreich. Französ.	3	253½ etw -53 bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	11. — —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	86 G
do. v. Staatgarant.	3½	81 bz
Rheinische Pr. Obl.	4½	88⅛ B
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	95 bz
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	80 G
do. III. Ser.	4½	86 B
Stargard-Posen	4	87½ B
do. II. Em.	4½	94¼ G
do. III. Em.	4½	94½ B
Thüringer	4½	101⅛ G
do. III. Ser.	4½	101¼ B II. 104¼
do. IV. Ser.	4½	99¼ G [G

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	101 bz
Staats Anl. 1859	5	105⅞ bz
do.	4½	101¼ bz
do. 1856	4½	101¼ bz
do. 1853	4	97¼ G
N. Präm StA 1855	3½	117 B
Staats-Schuldsch.	3½	87⅜ bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	85⅝ G
Berl. Stadt-Oblig.	4½	101 G
do. do.	3½	83¾ bz
Berl. Börsenh. Obl.	5	104 G
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	91⅛ bz
do.	4	100¾ bz
Ostpreußische	3½	84 G
do.	4	93¼ G
Pommersche	3½	89¼ bz
do. neue	4½	97⅝ B
Posensche	4	101¼ G
do.	3½	94 G
do. neue	4	89¾ bz
Schlesische	3½	— —
B. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	84 bz
do.	4	93¼ B
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	96¼ bz
Pommersche	4	97 B
Posensche	4	92¼ bz
Preußische	4	95½ bz
Rhein- u. Westf.	4	95⅞ G
Sächsische	4	97 G
Schlesische	4	95⅝ G

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	44 B
do. National-Anl.	5	52⅛-¼ bz u G
do. 250fl. Präm. O.	4	57 B
do. neue 100fl. Loose	—	51½ bz
Polnische Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	88⅜ bz u G
6. do.	5	99⅛ bz u G
Englische Anl.	5	102½ bz 4½%
N. Russ. Egl. Anl.	3	60⅛ bz [90½ G
Poln. Schatz-O.	4	81¼ bz
Cert. A. 300 Fl.	5	93¼ G
do. B. 200 Fl.	—	23 G
Pfdbr. u. in SR.	4	85⅝ bz
Part. O. 500 Fl.	4	91 G
Oestr. 5proz. Loose	5	55⅛-55 bz
Hamb. Pr. 100BM	—	90⅛ G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	46⅛ B
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	30¼ G
Dessau. Präm. Anl.	3½	95 B

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113¼ bz
Gold-Kronen	—	9. 5 G
Louisd'or	—	109⅛ G
Sovereigns	—	6. 21¼ bz u G
Napoleonsd'or	—	5. 9⅛ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 458⅛ bz u G
Dollars	—	1. 11⅛ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ bz
Fremde Banknot.	—	99¼ bz
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅞ bz
Fremde kleine	—	99¼ G
Oestr. Banknoten	—	68⅜ bz
Poln. Bankbillet	—	86⅞ G

Wechsel-Kurse vom 26. Febr.

Amsterd. 250fl. kurz	3	142 bz
do. 2 M.	3	141⅜ bz
Hamb. 300Mk. kurz	2½	150⅞ bz
do. do. 2 M.	2½	150¼ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 19½ G
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79⅛ bz
Wien öst. W. 8 T.	—	68⅝ bz
do. do. 2 M.	6	67¾ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 24 G
Frankf. 100 fl. 2 M.	3	56. 24 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅝ bz
do. do. 2 M.	4	99$\frac{5}{12}$ G
Petersb. 100 R. 3 W.	4	96⅜ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	109¼ bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	87⅛ bz
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

Die heutige Börse war im Ganzen etwas matter.

Breslau, 27. Febr. Bei im Allgemeinen sehr günstiger Stimmung waren die Kurse der östr. Papiere zu Anfang der Börse merklich höher, schlossen jedoch matter. Eisenbahnaktien hingegen blieben bis zum Schlusse fest behauptet.

Schlußkurse. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien 57⅞-⅛ bz. u. Gd. Schlesischer Bankverein 79⅓ Br. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 88¾ Br. dito Prior. Oblig. 87$\frac{11}{12}$ Br. dito Prior. Oblig. —. Neisse-Brieger 52¼ Br. Oberschlesische Lit. A. und C. 124 Br. dito Lit. B. —. Köln-Mindener Prior. —. dito Prior. Oblig. Lit. F. 95¼ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 75¾ Gd. Oppeln-Tarnowitzer 33¾ Gd. Rheinische —. Kosel-Oderberger 37¼ Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior.-Obl. —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.